INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

Nr. 90

15. Feb[illegible]990

Diese Woche mit **Psycho-Test**

VORWORT:

Mit acht Seiten zur Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen wir auch zum aktuellen Stand der Kämpfe der Romas und Sintis berichten, damit die "Interdoku" nicht ein einsamer Schrei in der Wüste bleibt.
Ein Text zum Kita-Streik, der uns zu platt war, sowie der Rest der Texte zu Radio 100 und das neuste von der Gruppe "Molotow" landen im Ordner; außerdem die Fußnoten zu dem Artikel über die europäische Asylpolitik.
Briefe, Beschwerden und Bestellungen (keine Einzelabos, erst ab 5 Exemplare) wie immer an:

INTERIM
Gneisenaustr.2a
1000 Berlin 61

Inhaltsverzeichnis:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

DIE LEBENDEN MÜSSEN GESCHÜTZT WERDEN

Der Kampf um das Bleiberecht für Roma und Cinti in Hamburg

Seit einem Jahr arbeiten wir nun mit vielen Menschen zusammen, um unserem Ziel „Bleiberecht für Roma und Cinti" ein Stück näher zu kommen. Unsere Herkunft ist sehr unterschiedlich: Manche von uns haben anläßlich der drohenden Abschiebung der Familien Adzovic und Bajramovic mit dieser Arbeit angefangen, andere arbeiten zum Teil schon seit Jahren für die Rechte von Flüchtlingen und ImmigrantInnen, wieder andere kommen aus kirchlichen, parteipolitischen oder gewerkschaftlichen Zusammenhängen. Gemeinsam ist uns unser konkretes Ziel: das Bleiberecht für Roma und Cinti!

Wir haben diese Arbeit angefangen, ohne zu wissen, wie sie ausgehen wird. Manchmal verzweifeln wir über das Unverständnis, die Ignoranz, aber auch den offenen Haß, die Feindschaft und den Rassismus in dieser Gesellschaft. Es ist empörend, daß der Hamburger Senat diese Stimmungen schürt und sich zu eigen macht. Es war vor allem der ungebrochene Wille der Roma selbst, sich nicht vertreiben zu lassen, der uns immer wieder weitergetrieben hat, der uns letztlich das Durchhalten ermöglicht hat.

Auch von gutwilligen Menschen erreicht uns oft die Auffassung, daß wir die Probleme der Welt nicht lösen können, indem wir die Opfer dieser Probleme zu uns holen. Abgesehen davon, daß wir meinen, daß auch die Bundesrepublik, wie alle anderen „reichen Länder", ihr Teil zu diesen Problemen in der Welt beigetragen hat, geht es uns gerade nicht allein darum, daß die Roma hier aufgenommen werden, weil sie in anderen Ländern verfolgt werden (was sie werden!), sondern weil unsere Gesellschaft vor einer Generation alles dazu getan hat, dieses Volk in Europa zu vertilgen, ganz im Sinne dieses schrecklichen Wortes. Gerade deshalb ist die Forderung nach Bleiberecht nicht ein Reflex auf die Zustände in anderen Ländern, sondern ein Tribut an unsere eigene Geschichte, ein Ende der Vertreibung, ein Durchbrechen der Logik, daß sich hier nur rechtmäßig aufhält, wer deutschen Blutes ist.

Wir wollen mit dieser Broschüre Informationen zugänglich machen. „Erinnern für die Zukunft", das Motto der Aktionen zum 50. Jahrestag des Pogroms der „Reichskristallnacht", das ist auch eines unserer Motive für diese Broschüre. Des weiteren enthält diese Broschüre Berichte zu den Kämpfen des vergangenen Jahres.

Initiative Bleiberecht für Roma und Cinti im November 1989

Inhalt:

Bestellcoupon:

einsenden an:
Hamburger Arbeitskreis Asyl e.V.
Rentzelstr. 1, 2000 Hamburg 13
Telefon: 040 / 44 86 42

○ Hiermit bestelle ich .... Broschüren „Die Lebenden müssen geschützt werden" zum Einzelpreis von DM 4,- zuzügl. Porto + Versandkosten (Buchhandelsrabatt: 30%)

○ Hiermit bestelle ich .... Exemplare der Dokumentation der Initiative Bleiberecht zum Einzelpreis von DM 10,-

○ Hiermit bestelle ich .... Exemplare der Ergänzung der Dokumentation zum Preis von 3,- DM

....
Name Datum Unterschrift

WIDERSTAND DER ROMA & SINTI

BERICHT ÜBER DIE KIRCHENBESETZUNG UND DEN "BETTELMARSCH" IM JANUAR

21.45 Uhr stimmen die Roma ein traditionelles Lied an, das ihre Sehnsucht nach Freiheit und Glück ebenso besingt wie es Gott bittet, das Volk der Roma zu schützen und seine Rechte zu wahren.

Kurz vor 22 Uhr wird erstmals Verpflegung mit heißen Getränken seitens der Stadt Köln und des DRK in Aussicht gestellt.

Seit sieben Stunden harren die Menschen in einer Kälte von wenigen Graden über Null aus – die wenigen mitgebrachten Decken können die Kälte nicht in Schach halten. Die Kinder erhalten von ihren Eltern Anweisungen, sich zu bewegen, damit sie sich so aufwärmen.

Einige Roma beginnen demonstrativ damit, den Boden zu kehren: aus Respekt vor dem besonderen Ort der Aktion sollen die Auswirkungen in möglichst engen Grenzen gehalten werden.

Gegen 22.20 Uhr lehnt der Domprobst die mögliche Hilfe des DRK ab: Er wolle sich „nicht auf die emotionale Ebene einlassen", sich „nicht in die Sachdiskussion einmischen" und im übrigen sei es ihm auch gleich, wie die Besetzung zustande gekommen sei. Diese in gleichem Maße unchristlichen wie unmenschlichen Worte kommen in einem so freundlichen und verbindlichen Ton, daß der Zynismus einem den Atem stocken läßt.

Der Domprobst wies später auf Anfrage der StadtRevue darauf hin, daß die Roma sich reichlich in umliegenden Geschäften und im Bahnhof mit dem Nötigen versorgt hätten. Erst später, nach Schließung der Geschäfte im Bahnhof, sei ihm eine Versorgung direkt im Dom sinnvoll erscheinen.

Um halb zehn Uhr drängt Renate Graffmann auf einen weiteren Vermittlungsversuch, ringt dem Domprobst aber nur die unverbindliche Aussagen ab, er werde sich „sehr ernsthaft einsetzen". Die Situation stagniert, die Roma werden unruhig, singen ihr Lied und beginnen ihren Namen, ihre Identität zu skandieren: „Roma Roma..." (Menschen, Menschen...). Rufe nach dem Bleiberecht erfüllen den eiskalten Raum der Kirche.

0.45 Uhr erscheinen der Staatssekretär im Innenministerium NRW Riotte und Herr Schleicher vom Wohnungsamt Köln. Während die Gespräche mit Herrn Riotte auf politischer Ebene zu einer Lösung kommen sollen, geht es in den Verhandlungen mit Herrn Schleicher um die zur Verfügungstellung von Ausweichquartieren.

Seit der Ankündigung sind mehr als drei Stunden vergangen – endlich kommen die sehnlich erwarteten Getränke, entgegen den zunächst ablehnenden Feststellung des Probstes und nach Zuständigkeitsstreitereien wird nun vom Malteserhilfsdienst doch Tee ausgeschenkt.

Kein zu erwartendes Gedränge, kein Geschrei ... ruhig und schnell wird aus zwei (!) kleinen Bottichen ausgegeben. Es reicht bei weitem nicht für alle.

In einer Erklärung des „Kölner Appell" heißt es dazu: *„Alle Beteiligten hatten den Eindruck, daß die Kirchenleitung nur Interesse daran hatte, den Dom frei zu bekommen, auch auf Gefahr von Verzweiflungsakten der Roma, wie z. B. Selbsttötung. Wir konnten christliche Anteilnahme in keiner Phase erkennen.*

Die unzureichend bekleideten Roma konnten mit ihren Kindern der Kälte im Dom kaum standhalten. Da dem Deutschen Roten Kreuz von der Leitung des Kölner Doms untersagt war, Warmgetränke und Decken zu bringen, wurde dann versucht, von der Kircheneigenen Hilfsorganisation dies zu erhalten. Die Leitung des Kölner Koms untersagte Hilfeleistung, sie erlaubte dem Maltheser Hilfsdienst nur, 200 Portionen Tee zu verteilen, bei ungefähr 500 Leuten um diese Zeit. Die Kinder und Säuglinge erhielten dann Tee, was aber nicht verhinderte, daß fast alle diese Kinder und Säuglinge wegen fehlender Decken krank wurden. Dies wurde dann am nächsten Tag von den Ärzten des DRK in der Nachfolgeunterkunft festgestellt."

Kurz vor drei Uhr kommt wieder Bewegung in die Situation. Während sich die Roma bisher mühsam rufend verständigen mußten, steht plötzlich ein Mikro zur Verfügung.

Der Staatssekretär gibt eine Erklärung ab:

Kern seiner Aussagen ist die Feststellung, daß aufgrund der Informationen der Bundesregierung nicht davon auszugehen ist, daß in Jugoslawien das Volk der Roma insgesamt verfolgt werde und somit keine Grundlage für eine Sonderstellung der Roma hier in der BRD bestünde. Deshalb sei der Abschiebestop aufgehoben worden und mit einer Änderung dieser Entscheidung in nächster Zeit nicht zu rechnen.

Stellungnahmen der Roma, daß in Jugoslawien hier abgelehnte Asylbewerber mit Haftstrafen nicht unter sieben Jahren belegt würden, daß eine Eingliederung von in der BRD geborenen Romakindern, die in Jugoslawien als Deutsche angesehen würden, unmöglich sei, daß es zu Massenermordungen von Roma in der Grenzregion bei Cosovo gekommen sei... all dies weist der Staatssekretär mit den Worten zurück, daß er „heute abend keine Diskussion darüber" wolle.

Danach ergreif noch einmal der Dompobst das Wort: er habe das Anliegen der Roma „voll zu Kenntniss genommen" – und das war's dann auch. Zunächst bäte er „in aller Herzlichkeit den Dom zu räumen" (die Übersetzung seiner Rede erntet lautstarke Proteste), andernfalls müsse er „die Polizei zur Hilfe bitten".

Wird die Kirchenleitung ihren Domprobst zur Rechenschaft ziehen für sein Verhalten? Immerhin soll er Kinder, die die außerhalb des Doms gelegene Toilette besuchten, nicht wieder in den Dom gelassen und erst nach heftigen Protesten der Eltern die Tür wieder geöffnet haben. Er soll auf den Hinweis, bei einer Polizeiräumung seien Verletzungen nicht auszuschließen, geantwortet haben, wer das nicht mitansehen könne, solle sich halt umdrehen oder rausgehen. Und zur verzweifelten Ankündigung von Roma, im Falle einer Räumung sich selber Gewalt anzutun, meinte er nach Angaben von Besetzern lakonisch: So etwas tun Sie bitte draußen vor der Tür.

Domprobst Henrich hat allerdings gegenüber der StadtRevue diese Vorwürfe bestritten. Zwar habe er mit Polizeigewalt den Dom für die Sonntagsmesse räumen wollen. Aber Äußerungen in der behaupteten Art habe er nicht gemacht. Auch Kinder seien nur kurze Zeit am wieder Betreten des Doms gehindert worden, weil unklar war, ob sie schon vorher dabei waren. Dann habe man sich mit den Roma auf einen Ordnerdienst an der Tür geeinigt. Im übrigen erkenne er das Recht der Roma auf eine eigene Heimat an, wisse allerdings nicht, wie das rechtlich zu realisieren sei.

Schließlich werden Ersatzquartiere angeboten,. die in Kürze zur Verfügung stünden.

Bekanntermaßen wurde den roma dann ein Trakt im ehemaligen Verfassungsschutzgebäude an der Inneren Kanalstraße zur Verfügung gestellt. Dort blieben sie zwei Tage, um dann zu einem „Bettelmarsch" nach Düsseldorf aufzubrechen. Dort wollten Sie von Ministerpräsidenten Rau persönlich erfahren, wer von ihnen abgeschoben werden soll.

Weitere zwei Tage später, die Roma waren mittlerweile in Düsseldorf angekommen und von der Landesregierung erneut auf die harte Linie: „Abschiebung statt Bleiberecht" verwiesen worden, diskutierte der Kölner Rat über die Roma. CDU-Blömer ließ es sich nicht nehmen, gegen die unmenschliche Unterbringung von Roma in einer Lagerhalle am Mülheimer Hafen darauf zu verweisen, die Leute sollten sich doch mal an die eigene Nase fassen und besser sauber machen. Lebhafter Beifall von den Republikanern und ein ausdrückliches Lob von Rep-Beisicht, das sei eine Rede wie aus ihrem Programm gewesen.

Ein Antrag der Grünen auf sofortige Verlegung der Roma in menschenwürdige Unterkünfte wurde ebenso abgelehnt wie der Antrag auf Auflösung der bekannten Ausspitzelungs- und Betrugsstelle für Ethnische Minderheiten (A+B-Stelle). Zur Vertiefung der Diskussion, die im Rat am 2. Februar fortgesetzt werden soll, drucken wir hier folgende Dokumente ab. Sie zeigen, daß die A+B-Stelle mit exakt denselben Methoden der Rassenforschung gearbeitet hat, wie Weiland die Zigeunerforscher des 3. Reiches. Sie begründet mit den Ergebnissen ihrer Stammbaum-Untersuchung heute nicht die physische Vernichtung, aber die Abschiebung von Roma aus Köln.

StadtRevue 2/90 M.S.

DAS PROBLEM DER ASYLSUCHENDEN WIRD ORDNUNGSGEMÄß VERWALTET



Zielinske

Über 700 Roma brechen zum Bettelmarsch von Köln nach Düsseldorf auf.

32o/2
A+B-Stelle

o1.06.1989
Herr Spital
R 62 86

Vermerk

Verweisungen vom P5 aufgrund einer Familienfehde

1. Da Unklarheiten entstanden sind, bitte ich dringend, für die Familien eine genaue Auflistung der Gesamtfamilie, der Teilfamilien, der verwandtschaftlichen Zuordnungen, einschl. aller Daten, zu fertigen (Stammbäume). Zusätzlich soll der jeweilige Status vermerkt sein, - welche Papiere, Fristen, Anträge.

2. Sonja/Lydia

Diese Arbeitsanweisung stammt aus Dokumenten der A+B-Stelle. Danach sollten „Stammbäume" der Roma-Familien angelegt werden, eine Methode, nach der auch die Rassenforschung im Nationalsozialismus vorging.

Schien es auch, als fänden alle diese Handhabungen im Unentschiednen, Obskuren statt, so lagen ihnen doch genaue Pläne und Übereinkommen zugrunde, zu denen zwar die Zweideutigkeit gehörte, jedoch als bewußt eingesetztes Mittel, um die Verordnungen so dehnbar zu halten wie möglich und den jeweils entstehenden Situationen anzupassen. Daß der Apparat im Unkenntlichen zu arbeiten hatte, war eine internationale Regel, erst daraus ergab sich dessen Effektivität. Derjenige, der von den polizeilichen Erkundungen und Meldungen über die Grenzen hinweg erfaßt wurde, durfte vom Ausmaß und Fortschreiten der Prozedur nichts wissen, wenn der Mechanismus des Geheimdiensts dann auf ihn niederschlug, war er sofort entmachtet. Zu Verteidigern hatte der verhaftete Flüchtling keinen Zugang, er befand sich außerhalb des Rechts, oder vielmehr, er wurde einbezogen in eine zwischenstaatliche höhere Legalität, die seine totale Isolierung und persönliche Ausschaltung voraussetzte und allein das Interesse der Nation als maßgebend aufstellte. Die Entmündigung des Fremden war notwendiger Bestandteil der Praxis, denn dadurch wurde die mögliche Frage ausgeschaltet, ob er ein aus politischen Gründen Vertriebner sei, der Anspruch erheben könnte auf das Asyl, das die Verfassung ihm gewähren müsse. (...) Diejenigen, die den Entrechteten beistehn wollten, es waren dies, neben Vertretern der Kommunistischen Partei und der Roten Hilfe, einige linke Sozialdemokraten, sowie freiheitlich gesinnte Angehörige des Bürgertums, Schriftsteller, Publizisten, hatten das gesamte Gerichtswesen zu überwinden, das sich als überparteilich ausgab, jedoch in starker Abhängigkeit stand zu den Erlassen, die zur Reinhaltung der Rasse und zur Verhütung der Bolschewisierung dienten. Es bedurfte besondren Muts, großer Ausdauer und bester Kontakte, um einen der Gefährdeten zu erreichen und in Erfahrung zu bringen, wie es um ihn stand. Diejenigen, die sich in Gefängnishaft befanden, also schon legal oder illegal ins Land gelangt waren, machten einen winzigen Teil aus von all denen, die an der Grenze, da sie kein Einreisevisum besaßen (...) abgewiesen wurden.

Die Presse nahm kaum Notiz von diesem unaufhörlichen Andrang, diesem Flehn um Einlaß, dieser Konfrontation zwischen Seßhaften und Unbehausten, zwischen den Bewahrern und Beschützern eines Staats und denen, die aus jeder Zugehörigkeit gerissen worden waren. Das Nichterwähnen der alltäglichen Tragik an den Grenzstationen entsprach der Taktik, nichts vom wesentlichen Stoff unsrer Zeit in das Gefüge des Volksheims dringen zu lassen. (...)

In dem Land, in dem das Kapital ungehindert regierte und die Sozialdemokratie für den Ausgleich zwischen den Klassen sorgte, war der Wille zu einer Gegenwehr seit langem unterhöhlt worden. Und wo die Handlungskraft der Arbeitenden gelähmt lag, war es folgerichtig, daß das Kleinbürgerum an Einfluß gewann und Schichten heranbildete, die sich nicht nur als verantwortlich ansahn für die Erhaltung des friedlichen Zustands, sondern auch bereit waren, Maßnahmen zu ergreifen, die die gewöhnliche Genügsamkeit und Konturlosigkeit durchbrachen. Noch war in der (...) Verdunklung das Drängen zur Ausübung von Gewalt kaum aufzuspüren und zu beweisen. Nichts von dem, was in den Ämtern vorgenommen wurde, ließ sich als Verstoß bezeichnen gegen eine liberale, demokratische Auffassung. Die Festnahmen und Ausliefrungen fanden ordnungsgemäß statt, die Verbindungen mit der Sicherheitspolizei andrer Staaten enthielten nichts Zweifelhaftes, nicht nur Berlin und Wien waren einbezogen in die Kommunikationen, auch mit Paris, London oder New York wurde ein Austausch kriminologischer Mitteilungen unterhalten. (...)

Jeder, der illegal ins Land kam, hatte damit schon eine Straftat begangen, und wenn die Auskünfte ergaben, daß er Kommunist war, geriet er in den Bann der gemeinsamen Abwehrfront, die sich quer durch Europa zog. Durch die gesetzlich bestimmte verschärfte Kontrolle und das Recht zur Abschiebung erhielten die Grenzbeamten Vollmachten, die ihnen Entscheidungen nach eignem Gutdünken gewährten. Lag bei einem Ankommenden der Verdacht vor, daß er, wie die Formulierung lautete, nicht beabsichtigte, ins Land seiner Zuständigkeit zurückzukehren, so war damit die Weisung erteilt, ihn nicht einzulassen. Die Lebensgefahr, die mit seiner Rückkehr verbunden war, wurde nicht in Betracht gezogen. Bei der Erfüllung ihrer Aufgaben war den Beamten reichliche Gelegenheit gegeben worden, ihren Blick zu schulen. Schon ehe sie zum Vorzeigen der Papiere aufforderten, wußten sie die Begüterten, Akzeptierbaren, die mit einer Einreisegenehmigung Ausgestatteten von den Hilflosen und Verarmten, den Ausgebürgerten, den gehetzten Juden, den politisch Aktiven zu unterscheiden. Obgleich es keinerlei Anzeichen gab für eine Bedrohung durch kommunistische Infiltration und die kleine Partei des Lands unter strenger Aufsicht gehalten werden konnte, hatten die Schutzreglungen, camoufliert unter dieser verwischten, fast zerstreut wirkenden Lässigkeit, eine exakte ideologische Zielrichtung. (...) Es war nicht zu ersehn, ob die Abweisung eines Flüchtlings, die besonders harte Behandlung eines Häftlings auf den individuellen Eifer dieses oder jenes Kommissars, oder auf die Direktiven der Sozialbehörde, des Justizministeriums, des Außenministeriums zurückzuführen waren, und wer als zuständig für die einzelnen Fälle gelten konnte. Wenn eine Verhaftung und deren Folgen nicht gänzlich unbekannt blieben, so war dies nur zurückzuführen auf die Einmengung jenes kleinen, stets gleichbleibenden Kreises, der im Widerstreit stand zu den kaltblütigen Bestimmungen, und von dem aus die Vorgänge beobachtet und, oft wenn es auf Stunden, Minuten ankam, eine Rettung versucht wurde. Bischoff, wieder zu Verhören gerufen, bei denen ihr Fragen gestellt wurden, die sie früher schon mehrmals beantwortet hatte, war angewiesen auf eine dieser fieberhaft einsetzenden Aktionen, die, mit Bittschriften, Interpellationen, Bürgschaften, Telephonanrufen bei Regierungsmitgliedern, entweder zum Aufschub, zur Verhinderung einer Ausliefrung, oder zu betretnem Schweigen nach dem Mißglücken führte. Ein Zerrkampf begann sich abzuzeichnen zwischen den Fürsprechern der Rechtlichkeit, des humanitären Denkens, und den Repräsentanten der Destruktivität, und jedesmal, wenn die ersteren einen Erfolg zu verzeichnen hatten, drang die Gegenseite auf verschärfte Maßnahmen. Zeitweise war es, als müsse dieses Lager, dem viele der obersten Militärs, der größte Teil des Geschäftswesens und zahlreiche Vertreter der Wissenschaft und des öffentlichen Lebens angehörten, die Oberhand gewinnen. Von Monat zu Monat wurde es deutlicher, wie die Verrohung ihren Wirkungskreis erweiterte. Wir, die wir das Aufkommen des Faschismus erlebt hatten, sahn uns noch einmal in diesen schleichenden, undefinierbaren Anfangszustand zurückversetzt. Die Terminologie veränderte sich, die Beurteilung verfolgter Gruppen wurde rücksichtsloser. Die Herrschenden brauchten sich kaum mehr mit einer Rekrutierung für ihre Schutzstaffeln zu befassen, das Triebwerk der Brutalisierung führte ihnen die Waffenknechte zu, und diese kamen zumeist aus den Reihen derer, die vormals Benachteiligung, Mißachtung erfahren hatten. In dem Maß, mit dem Chauvinismus und Reaktion Einfluß und Macht gewannen, stieg auch unser Wunsch, auf Zeichen einer organisierten Abwehr zu stoßen und Zugang zu finden zu Gruppen, die sich auf der gleichen zersprengten Front befanden wie wir. Was in diesem Land geschah, diente, wie erklärt wurde, der Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und nationaler Unabhängigkeit. (...) Nach außen hin stellte sich diese Neutralität als unbestechlich dar. Man berief sich auf die Dutzende und Hunderte, die im Verlauf der letzten fünf Jahre eingelassen worden waren. Hinter dem Argument, dem auch radikale Politiker zustimmten, daß die wichtigste Aufgabe die Bewahrung der Neutralität sei, verschanzte sich alles, was Blut gerochen hatte und eintrat für die Propagierung des Kampfs gegen das Artfremde und als revolutionär Verdächtige.

Peter Weiss in:
"Ästhetik und Widerstand"
zur Rolle Schwedens
zur Zeit des
deutschen Faschismus'

EUROPA GRENZENLOS GRENZENLOS ASYLFEINDLICH ?

V.1 Abschottung der Außengrenzen - "Festung Europa"

Die Begrenzung des Zuzugs von Ausländern ist erklärtermaßen seit langem oberstes Ziel nicht nur der bundesdeutschen Ausländerpolitik. Sie gilt als Voraussetzung der Integration der hier lebenden Ausländer, ja als Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des inneren Friedens schlechthin.

Neben der Aufrechterhaltung des Anwerbestopps, Begrenzung des Familiennachzugs, Verhinderung illegaler Einreise und Vermeidung der Einreise im Rahmen der Assoziierung zwischen der EG und der Türkei, ist für die Abschottungspolitik die Asylpolitik von zentraler Bedeutung. «Kernpunkt der Begrenzungspolitik gerade auch im europäischen Bereich ist das Feld des Asylrechts», so Staatssekretär Spranger. (*3) Wie sah nun bisher diese Begrenzungspolitik aus?

Visumzwang für Flüchtlinge

Seit Anfang 1976 wurde nach und nach der Visumzwang für Flüchtlinge aus den wichtigsten Herkunftsländern eingeführt. Dabei war man sich durchaus darüber im klaren, daß man damit politisch Verfolgten die legale Einreise in die Bundesrepublik nahezu unmöglich machte. «Der Visumzwang ist eine schmerzliche Maßnahme gegen diejenigen, denen der Weg in die BRD dadurch erschwert oder häufig unmöglich gemacht wird, obwohl sie politisch verfolgt sind.» (*4)

Diese treffende Beschreibung des damaligen Staatssekretärs A. v. Schoeler hinsichtlich der Auswirkung des Visumzwangs hielt die sozial-liberale Bundesregierung jedoch nicht davon ab, jene "schmerzliche Maßnahme" (für wen?) zu ergreifen. Sie wird nach wie vor - sogar erweitert - praktiziert.

Eine der Folgen des Visazwangs ist, daß nun immer mehr Flüchtlinge darauf angewiesen sind, Fluchthilfeorganisationen in Anspruch zu nehmen, um überhaupt aus ihrer Heimat herauszukommen. Der Visumzwang und die anderen Abschottungsmaßnahmen schaffen also erst die Voraussetzungen für die Arbeit der "Schlepper". «Das Angebot an Hilfen für Flüchtlinge ist knapp und wird deswegen teuer. Der Flüchtling weiß das und ist bereit, mehr zu zahlen. Und der Preis hat auch mit der Illegalität und dem Risiko dieser Flucht zu tun. Sobald der Aspekt der Illegalität dazu kommt, sobald Länder ihre Grenzen zumachen, hat eine Flucht fast immer nicht nur mit dem Geld sondern auch mit der Bereicherung einiger Leute zu tun. (...) Ich glaube, es würde einem Flüchtling nie einfallen, das moralisch verwerfliche eines solchen Vorgangs mit dem der moralischen Verwerflichkeit derjenigen zu vergleichen, die die Flucht erzeugen oder derjenigen, die die Einreise in ein Zufluchtsland verweigern.» So charakterisiert Ernst Tugendhat, Prof. f. Philosophie an der TU Berlin, der selber 1941 nach Venezuela emigrieren mußte, den Zusammenhang zwischen den Einreisebeschränkungen und der Tätigkeit der Fluchthilfeorganisationen.

Der Visumzwang offenbart m. E. auch auf besonders drastische Weise die Scheinheiligkeit der Politik der BRD gegenüber Ländern der "3. Welt". Groß war die Empörung, als Truppen der Sowjetunion nach Afghanistan einmarschierten und an Solidaritätsbekundungen mit dem afghanischen Volk, das unter dem Krieg zu leiden hatte, war kein Mangel. Und was war eine der ersten Maßnahmen, die die damalige (SPD/FDP-) Bundesregierung ergriff? Sie führte den Visazwang für Flüchtlinge aus Afghanistan ein!

Am Beispiel der afghanischen Flüchtlinge wird auch deutlich, wie unsinnig es ist, die Einführung des Visazwangs damit zu begründen, dies diene der Bekämpfung des "Asylmißbrauchs". Schließlich lag die Anerkennungsquote für Flüchtlinge aus Afghanistan zum damaligen Zeitpunkt bei über 80%. (*6)

Die Einführung des Visazwanges war sicherlich einer der wesentlichen Faktoren, der vorübergehend zu einer Verringerung der Asylbewerberzahlen führte. Vor allem aber kam es dadurch nach Schließung des "Schlupfloch Berlin" zu einer Veränderung bei der Herkunft der Flüchtlinge. So kommt mittlerweile der größte Teil der Flüchtlinge aus Ländern, bei denen keine Visumpflicht besteht (z. B. Jugoslawien), wo Visa großzügig erteilt werden (z. B. Polen) oder bei denen (noch) kein Transitvisum verlangt wird (z. B. Türkei).

Insgesamt hat sich durch die Maßnahmen das Verhältnis des Zugangs von Asylsuchenden aus europäischen zu denen aus außereuropäischen Staaten von 1985 bis 1988 fast umgekehrt.

	1985	1985	1987	1988
europäische Länder	24,62%	25.25%	63.84%	66%
außereuropäische Länder	75.38%	74.75%	36.16%	34%

(Zahlen für 1988 geschätzt) (*7)

Zu bedenken ist dabei, daß bereits seit Jahren die deutschen Auslandsvertretungen die Ausstellung von Visa verweigern, wenn Anhaltspunkte für eine Asylantragstellung in der BRD vorliegen.



Grenze vor der Grenze

Aber trotz Visazwang kamen offensichtlich noch immer zu viele Flüchtlinge. Daher wurden nun mit dem Gesetz zur Änderung asylverfahrens-, arbeitserlaubnis- und ausländerrechtlicher Vorschriften, das am 15.7.87 in Kraft trat, die Beförderungsunternehmen (vor allem die Fluggesellschaften) in die Abschottungspolitik eingebunden. Wer nämlich nun Ausländer ohne erforderlichen Sichtvermerk befördert, der hat - auch ohne daß man ihm Verschulden nachweist - pro Person 2000 DM "zum Ersatz öffentlicher Aufwendungen" zu zahlen. Außerdem muß das Beförderungsunternehmen Ausländer, die ohne die erforderlichen Grenzübertrittspapiere befördert wurden, künftig auf Verlangen der Behörden in das Herkunftsland oder in den Staat, der dem Ausländer den Paß ausgestellt hat, zurückbringen.

Diese Rücktransportpflicht gilt, sofern der Asylbewerber nicht schon an der Grenze zurückgewiesen wurde, künftig für die Dauer von drei Jahren, wenn in dieser Zeit der Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde. Was bedeutet das nun?

Die in der Regel privaten Fluggesellschaften sind nun, im eigenen Interesse, gezwungen, quasi als Vorposten der europäischen Grenzbehörden, die Einreisepapiere der Flüchtlinge zu überprüfen, um zu verhindern, daß jemand das Flugzeug besteigt, der nicht über die notwendigen Einreisepapiere verfügt. Sie sind damit zur zweiten Hürde (nach Erlangung von Paß und Visum), zur "Grenze vor der Grenze" geworden.

Einreiseverweigerung

Aber damit noch nicht genug: Um die Grenzen für Flüchtlinge noch undurchlässiger zu machen, wurden auch die Möglichkeiten erweitert, Ausländern die Einreise zu verweigern. Nach Neufassung des § 9 Asyl VfG ist dies nun möglich, wenn offensichtlich ist, daß sie ...

- bereits in einem anderen Staat vor politischer Verfolgung sicher waren
- sich vor ihrer Einreise in den Geltungsbereich dieses Gesetzes länger als drei Monate in einem Mitgliedsstaat der EG, in Österreich, der Schweiz, Schweden oder Norwegen aufgehalten haben, es sei denn, sie machen glaubhaft, daß sie dort, obwohl sie ein Asylbegehren geltend gemacht haben, eine Abschiebung in einen Staat zu befürchten hatten, in dem ihnen politische Verfolgung droht.

Glaubt man offiziellen Zahlenangaben, dann gab es 1987 bei insgesamt 11.000 Personen, die an den Grenzen der BRD um Asyl nachgesucht haben, 289 Zurückweisungen aufgrund dieser (o. g.) Bestimmungen. (*8)

Tatsächlich aber dürfte die Zahl derer, die an den Grenzen oder am Flughafen daran gehindert werden einen Asylantrag zu stellen weitaus größer sein. Nur in den wenigsten Fällen wird dies dann überhaupt bekannt.

Aber es gibt für Flüchtlinge natürlich erst eine ganz andere Hürde zu überwinden, bevor sie in die BRD kommen können. Sie müssen überhaupt erst einmal aus ihrem Land herauskommen. Um genau dies zu verhindern, hat die Bundesregierung mit Jugoslawien verhandelt. Mit der Drohung, die Visapflicht auf Jugoslawien auszudehnen, wenn weiterhin viele Flüchtlinge von dort kommen, hat man die jugoslawische Regierung veranlaßt, nun selber (mit Paßentzug und anderen Maßnahmen) dafür zu sorgen, daß weniger Flüchtlinge in die BRD kommen. Und diese Maßnahmen haben schon

"Erfolg". Im April '89 ist die Zahl der jugoslawischen Asylbewerber deutlich zurückgegangen.

Was ist nun im Rahmen der Harmonisierung der Asylpolitik geplant?

Die Vertragsstaaten des Schenger Abkommens haben sich darauf verständigt, ihre Regelungen hinsichtlich der Visapflicht zu vereinheitlichen. Das bedeutet für die BRD zunächst die Ausweitung der Visapflicht. So hat sie im März '89, mit ausdrücklichem Hinweis auf das Schenger Abkommen, die Visumpflicht für weitere vierzehn Staaten (in Lateinamerika, Asien und Afrika) eingeführt. (*9)

Ebenfalls ein Ergebnis der Angleichung der Visumbestimmungen ist die Einführung der Visapflicht für Kinder unter 16 Jahren. Zwar sind 1988 lediglich 2.236 Kinder unter 16 Jahren allein in die BRD eingereist - eine verschwindend geringe Zahl angesichts der gesamten Zuwanderung - aber damit soll jetzt Schluß sein. Auch die Tatsache, daß weltweit Kinder in besonderem Maße von Menschenrechtsverletzungen betroffen sind, spielt keine Rolle.

Mit dem Hinweis, die BRD sei das einzige Land innerhalb der EG, in dem es keine Visumpflicht für Kinder gäbe, soll den Kindern nun auch die Flucht in die BRD verwehrt werden! (Auch ohne entsprechende gesetzliche Grundlage wird dies von den Botschaften in Iran und Sri Lanka bereits praktiziert.)

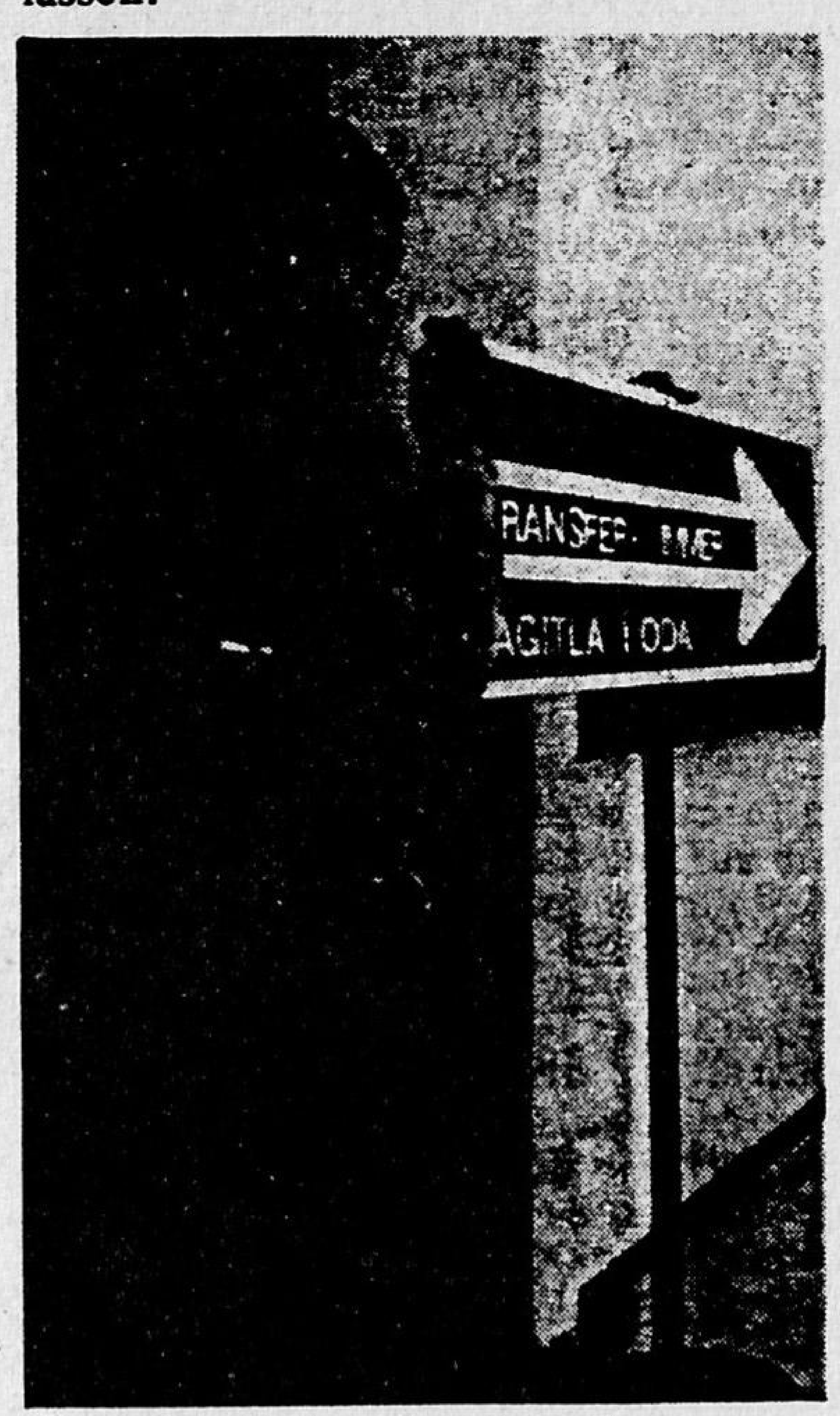
In Zukunft soll es ein einheitliches, maschinenlesbares Visum geben, das für das gesamte Gebiet der Schengen Staaten gültig ist. Dies setzt natürlich einheitliche Kriterien bei der Vergabe der Visa voraus.

Probleme ergeben sich da gegenwärtig mit Frankreich, das die weitestgehende Visapflicht hat, sind dort doch alle Bürger aus Nicht-EG Ländern (außer der Schweiz) visapflichtig. Aber auch da ist schon eine Lösung in Sicht. Frankreich will seine ausgedehnte Visapflicht nicht auch für die anderen "Schengen-Länder" verbindlich machen, sondern wird nach 1990 mit verstärkter Inlands-Ausländerkontrolle überprüfen, ob sich Ausländer legal im Land aufhalten.

Dies macht auf einen Aspekt aufmerksam, der bei der Diskussion um den Wegfall der Binnengrenzen häufig unberücksichtigt bleibt: Es ist davon auszugehen, daß die europäischen Länder einen Teil der dann ja "arbeitslosen" Grenzbeamten zur verstärkten Ausländerkontrolle im Inland einsetzen werden. Jeder, der etwas "fremdländisch" aussieht, muß dann damit rechnen, häufiger überprüft zu werden, ob er sich legal hier aufhält.

Schließlich sollen mit dem Wegfall der Binnengrenzen die Außengrenzen der EG erheblich strenger kontrolliert werden. «Jeder, der mit der Materie vertraut ist, weiß», schreibt die EG-Kommission, «daß die derzeit an den Grenzen vorgenommenen Kontrollen ineffizient sind. Was wir anstreben, sind wirksamere Kontrollen und vor allem - angesichts der derzeitigen Personalknappheit - Kontrollen mit einem besseren Kosten-Leistungs-Verhältnis. Die Aufhebung der Binnengrenzen ist hierfür das probate Mittel.» (*10) Die Kontrollen an den Binnengrenzen sollen also abgeschafft werden, damit man dann gemeinsam wirksam die Außengrenzen kontrollieren kann.

Insgesamt zeichnet sich also ab, daß die EG-Länder mit einer Reihe von Maßnahmen versuchen werden, die Einreise potentieller Asylbewerber zu verhindern. Inwieweit dies gelingt, wird auch davon abhängen, inwieweit sich angrenzende Nicht-EG-Länder (Schweiz, Österreich) bzw. bisher (hinsichtlich der Einreisemöglichkeiten) relativ liberale Länder wie z. B. Italien, in diese Abschottungspolitik miteinbeziehen lassen.



Flüchtlingskinder - demnächst Einreise unmöglich?

Außerdem finden restriktive Einreisebestimmungen ihre Grenzen, sobald sie sich hinderlich erweisen für den - für die westeuropäischen Länder elementaren - freien Welthandel. So heißt es dann auch im (inzwischen überarbeiteten) Entwurf für das neue Ausländergesetz: «Das Ausländerrecht kann nicht die Verhinderung vorübergehenden Aufenthalts von Ausländern bezwecken. Es soll vielmehr den internationalen Austausch erleichtern und fördern, in dem es eine weitgehende Liberalisierung der Einreise und des vorübergehenden Aufenthalts ermöglicht. Dazu gehört aber auch das Ziel, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, Deutschen eine möglichst günstige Behandlung im Ausland zu sichern.» (*11)

Würde sich die Asylpolitik der europäischen Länder an der Vorstellung des europäischen Parlaments orientieren, dann stünde der Einreise von Flüchtlingen künftig nichts im Wege. In der bereits erwähnten Entschließung wird nämlich vom europäischen Parlament gefordert: «Visabestimmungen dürfen keine Fluchtmöglichkeiten verhindern oder einschränken».

In seiner Stellungnahme zu dieser Forderung bestreitet der Innenminister zunächst auch gar nicht, daß Visabestimmungen Fluchtmöglichkeiten verhindern; er betont nur, die Visapflicht sei mit Art. 16,2,2 GG durchaus vereinbar. «Das Grundrecht auf Asyl gewährleistet politisch Verfolgten, an der Grenze der Bundesrepublik Deutschland nicht zurückgewiesen und von der BRD aus nicht in einen möglichen Verfolgerstaat abgeschoben zu werden, verbürgt jedoch nicht das Recht, in die BRD zu gelangen, um hier Asyl beantragen zu können.» (*12)

Das Bundesinnenministerium beläßt es nun aber keineswegs bei dieser juristischen Rechtfertigung des Visumzwanges, sondern fügt noch folgende Erklärung hinzu: «Die Sichtvermerksregularien erfassen Flüchtlinge in der Regel ohnehin erst im Drittland, in das sie zunächst aus ihrem Heimatland gelangt sind und in dem sie vor asylrelevanter Verfolgung Sicherheit gefunden haben. Ihre Weiterwanderung nach Westeuropa ist daher nahezu ausschließlich durch die hier herrschenden besseren Lebens- und Sozialverhältnisse motiviert.» (*13)

Das ist an Zynismus nun allerdings kaum zu überbieten. Erst verhindert man mittels Visazwang, daß Flüchtlinge direkt aus ihren Heimatländern nach Westeuropa fliehen können und zwingt sie damit, zunächst in ihren Nachbarländern Zuflucht zu suchen. Dann nimmt man die Zufluchtnahme in den Nachbarländern als Legitimation, um ihnen die Einreise in die BRD zu verwehren!

Was aber bedeutet nun konkret "Visabestimmungen dürfen keine Fluchtmöglichkeiten verhindern oder einschränken"? Drei Möglichkeiten gibt es, um dieser Forderung gerecht zu werden.

1. Aufhebung der gegenüber den Beförderungsunternehmen erlassenen Beförderungsverbote für Passagiere ohne gültiges Visum. Das wäre die Minimalforderung. Sind Fluggesellschaften nicht mehr gezwungen zu überprüfen, ob die Passagiere über gültige Einreisepapiere verfügen, dann ist es den Flüchtlingen möglich, mit dem Flugzeug in die BRD zu gelangen. Am Flughafen können sie dann einen Asylantrag stellen. Der Visazwang würde somit an Bedeutung verlieren.

2. Es wird die Möglichkeit geschaffen, bei den Auslandsvertretungen einen Asylantrag zu stellen, d. h. Asylberwerbern wird der Anspruch auf Erteilung eines Sichtvermerks zwecks Asylbeantragung eingeräumt. Während dies etwa bei französischen Auslandsvertretungen möglich ist, gibt es ein vom Ausland zu betreibendes Anerkennungsverfahren in der BRD nicht, und das Bundesverwaltungsgericht hat dies auch als mit der Verfassung vereinbar angesehen. Die Frage, ob eine Sichtvermerksregelung für Asylsuchende verfassungsmäßig geboten ist oder nicht, ist bei Juristen umstritten.

Während die einen (etwa das BMI) den "Territorialcharakter" des Art. 16,2,2 GG so interpretieren, daß erst mit dem Betreten des Bundesgebietes das Recht auf Asyl wirksam werde, wird von anderen die Ansicht vertreten, die Reichweite des Art. 16,2,2 GG reiche auch in den Aufenthaltsstaat des Asylsuchenden hinein und gewähre ihm Anspruch auf Erteilung eines Sichtvermerks. (*14)

Aber auch Bierwirth, der einen Anspruch auf Erteilung eines Visums zum Zwecke der Asylbeantragung ablehnt, sieht einen Ermessensspielraum, der der jeweiligen Auslandsvertretung die Erteilung eines Visums für Flüchtlinge ermöglicht. Aufschlußreich ist allerdings, wie er diesen Ermessensspielraum beschreibt: «Bei einem offensichtlich "einfach" politisch Verfolgten, dem z. B. eine mittelfristige Haft zu erträglichen Bedingungen droht, wird eine solche pflichtgemäße Ermessensentscheidung noch nicht zwingend zu einer Visumerteilung führen; erreicht jedoch die Verfolgung eine größere Intensität oder kommen wei-

tere Faktoren zugunsten des Flüchtlings hinzu, so kann sich das Ermessen auf Null reduzieren. Droht dem Verfolgten mit großer Wahrscheinlichkeit ein qualvoller Tod unter Folter, drohen einem ehemaligen verdienstvollen einheimischem Bediensteten der deutschen Botschaft erhebliche Menschenrechtsverletzungen, so ist ihm das die Flucht ermöglichende Visum auszustellen.» (*15)

Diese makaberen Überlegungen machen nun auf ein grundsätzliches Problem der Visaerteilung aufmerksam. Wird jedem, der angibt, in der BRD Asyl beantragen zu wollen, daraufhin ein Visum zwecks Asylantragstellung erteilt, dann wäre der Visazwang völlig sinnlos, man könnte gleich auf ihn verzichten. Macht man aber die Visaerteilung für Asylsuchende von bestimmten Bedingungen abhängig, dann macht man die Botschaften praktisch zu Vorprüfern des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge. Hier wäre dann die gleiche Kritik angebracht, wie sie auch gegenüber Zurückweisungen an der Grenze vorgebracht wird, daß hier nämlich weder die notwendige Zeit noch die nötige Sachkenntnis vorausgesetzt werden kann, um einen Asylantrag angemessen zu prüfen. Daher ja auch die Forderung, die Entscheidung über den Asylantrag ausschließlich bei einer Behörde zu treffen.

3. Will man tatsächlich ausschließen, daß Visumbestimmungen Fluchtmöglichkeiten verhindern, müßte man die Visapflicht abschaffen. Aber angesichts der Tatsache, daß die Visapflicht gegenwärtig auf immer mehr Staaten ausgedehnt wird, scheint die Forderung nach Aufhebung der Visapflicht illusionär. Dabei ist es beileibe nicht nur die Bundesregierung, die eine solche Forderung ablehnt. Auch in anderen Parteien oder gesellschaftlichen Gruppen findet man kaum Stimmen, die sich für eine Begrenzung oder gar Rücknahme der Visapflicht einsetzen.

Bei der Diskussion um den Visazwang ist natürlich die Frage von großer Bedeutung, was wäre, wenn es den Visazwang nicht gäbe. Und so unsinnig die Befürchtungen sind, in einem solchen Fall sei mit der Zuwanderung von Millionen Flüchtlingen zu rechnen, so wenig reicht es auf der anderen Seite aus, die - menschenrechtlich wohlbegründete - Forderung nach Aufhebung der Visumpflicht zu stellen, aber die gesellschaftspolitischen Folgen einer möglicherweise stärkeren Zuwanderung nicht zu diskutieren.

V.2 Zuständigkeit für das Asylverfahren

Koordinierung der Asylverfahren - wer soll zuständig sein?

Die Frage, wer für die Entgegennahme und für die Entscheidung über den Asylantrag zuständig ist, diese Frage ist natürlich für alle an den Verhandlungen beteiligten Länder von zentraler Bedeutung. Am liebsten wäre natürlich niemand dafür zuständig - aber so einfach geht das dann doch nicht. Zur Zeit zeichnen sich folgende Regelungen zu dieser Frage ab:

- Zuständig für die Prüfung des Asylantrages soll der Staat sein, ...
  - der dem Asylbewerber als erster sein Einverständnis mit der Einreise in sein Hoheitsgebiet zu erkennen gegeben hat (durch Ausstellung eines Visums, Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis)

  oder
  - über den der Asylsuchende in die Gemeinschaft eingereist ist, der also eine illegale Einreise nicht verhindert hat. (*1)
- Sofern ein Ausländer, dessen früherer Asylantrag in einem der Vertragsstaaten bereits abgeschlossen ist, einen Folgeantrag einreicht, ist der Vertragsstaat, bei dem der Erstantrag eingereicht wurde, zuständig, solange der Asylantragsteller das gemeinschaftliche Hoheitsgebiet noch nicht verlassen hat.
- Stellt ein Asylsuchender den Asylantrag in einem Land, das nach dieser Bestimmung gar nicht für den Antrag zuständig ist, so kann dieses Land den eigentlich zuständigen Staat innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Asylantragstellung ersuchen, den Asylantragsteller zu übernehmen.

Was bedeutet das nun? Zuständig für den Asylantrag ist also das Land, in das der Asylsuchende legal oder illegal einreist. Betroffen von einer solchen Regelung wären natürlich vor allem die "Transitländer", wie etwa Italien oder die Türkei. Die Türkei hat demzufolge im CAHAR auch schon erklärt, daß sie einer solchen Regelung niemals zustimmen wird. Hier zeichnet sich also ein deutlicher Interessenkonflikt zwischen den südeuropäischen und den nordeuropäischen Ländern ab, denn bisher reist bekanntlich ein erheblicher Teil der Flüchtling aus der "3. Welt" zunächst über die südeuropäischen Länder nach Europa ein. Sollte diese Regelung in Kraft treten, dann würden sicherlich alle Länder ihre Bemühungen, einen illegalen Grenzübertritt zu vermeiden, noch erheblich intensivieren.

Vor allem aber widerspricht eine solche Regelung der Forderung des europäischen Parlaments «zwischen dem Erstasylland und dem Asyl gewährendem Land zu unterscheiden, da es dem Asylbewerber freistehen muß, sein Asylland innerhalb der Gemeinschaft auszuwählen». Diese Forderung hatte aber bereits das Bundesinnenministerium mit dem Hinweis zurückgewiesen, damit werde «das eigentliche Ziel, einem politischen Flüchtling Asyl zu gewähren, in den Hintergrund gedrängt. Zugleich (werde) dem Phänomen des Asyltourismus Vorschub geleistet». (*2)

Wer könnte, wenn eine solche Regelung in Kraft träte, dann aber noch rechtmäßig in der BRD seinen Asylantrag stellen? Vorausgesetzt, daß auch Österreich und die Schweiz einer solchen Regelung zustimmen (beide Länder sind im CAHAR an der Ausarbeitung einer entsprechenden Entschließung beteiligt), so wäre die BRD nur noch für Asylanträge von Flüchtlingen zuständig, die über einen der Flughäfen oder aus den osteuropäischen Ländern in die BRD einreisen.

Die einmal festgestellte Zuständigkeit soll aber nicht nur für den Asylantrag, sondern im Falle des negativen Ausgangs des Asylverfahrens selbstverständlich auch für die Abschiebung gelten.

V.3 Abschiebung von rechtskräftig abgelehnten Asylbewerbern

Schon lange klagen bundesdeutsche Politiker darüber, daß ihrer Meinung nach viel zu wenige der abgelehnten Asylbewerber auch tatsächlich abgeschoben werden. Und tatsächlich: Nach einem Bericht über "Organisatorische und materielle Probleme, die einer Abschiebung abgelehnter Asylbewerber entgegenstehen" vom 13.4.88 haben im ersten Halbjahr '87 nur 16,5% der abgelehnten und zur Ausreise verpflichteten Asylbewerber das Bundesgebiet kontrolliert wieder verlassen; davon nur 5,8% im Wege der Abschiebung.

Daß bisher relativ wenige der abgelehnten Asylbewerber die BRD tatsächlich verlassen müssen, macht allerdings lediglich deutlich, wie wenig gegenwärtig die Anerkennungspraxis etwas darüber aussagt, ob jemand gute Gründe für seine Flucht hatte, ob er verfolgt war. Viele Flüchtlinge werden nämlich nach der Ablehnung des Asylantrags hier geduldet, weil sie aus Bürgerkriegs- und Krisengebieten kommen, weil im Falle ihrer Rückkehr in ihr Heimatland ihr Leben unmittelbar bedroht wäre. Es stellt sich also nicht die Frage, warum so wenige der abgelehnten Asylbewerber abgeschoben werden, sondern warum nur so wenige anerkannt werden.

So kommt dann auch die Arbeitsgruppe (AG) der Innenministerkonferenz, die nach "Lösungsmöglichkeiten" sucht, um mehr abgelehnte Asylbewerber abzuschieben, zu dem für sie unangenehmen Resultat, daß es gegenwärtig schwierig bleiben wird, mehr Flüchtlinge abzuschieben. «Die AG ist sich der nur begrenzten Effektivität ihrer Vorschläge für eine konsequente Abschiebepraxis bewußt. Sie erachtet es daher als vordringlich, daß alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die die Einwanderung potentieller de facto Flüchtlinge aus sogenannten Krisengebieten, die tatsächlich nicht politisch verfolgt sind, durch Visaregelungen und Grenzkontrollen, die nach Möglichkeit im westeuropäischen Raum abgestimmt sein sollten, zu verhindern.» (*3)

Da es also schwierig ist, abgelehnte Asylbewerber wieder in Kriegs- und Krisengebiete abzuschieben, muß man verhindern, daß sie überhaupt erst nach Westeuropa einreisen können!

Einer verstärkten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber stehen aber nicht nur organisatorische und rechtliche Schwierigkeiten, sondern auch politische entgegen. So stellt etwa NRW-Innenminister Schnoor abschließend in seinem Bericht "Ausländerrechtliche Duldungspraxis in NRW" fest: «Eine Verschärfung (der Abschiebepraxis) setzte grundlegende politische Veränderungen voraus, die Auswirkungen auf die Ausländerpolitik der Landesregierung insgesamt haben. Eine Konfliktsituation mit den Kirchen, den Gewerkschaften,

den Menschenrechtsorganistionen und vielen lokalen Gruppen, die sich mit Fragen der Dritten Welt befassen, wäre dann unausbleiblich. Unabhängig von dem mit Sicherheit eintretenden politischem Vertrauensverlust lassen die faktischen Vollzugsprobleme eine tiefgreifende Änderung der Abschiebepraxis in die aufgeführten Krisengebiete nicht zu.» (*4)

Es ist eben wesentlich unpopulärer und politisch schwieriger durchzusetzen, einen Flüchtling, der mehrere Jahre in der BRD gelebt hat, wieder abzuschieben, als ihm - von der Öffentlichkeit in der Regel unbemerkt - die Einreise zu verwehren. In welchem Umfang die europäischen Länder also demnächst abgelehnte Asylbewerber abschieben, wird davon abhängen, in wie weit es ihnen gelingt, die Einreise von Flüchtlingen zu verhindern.

Wie soll nun demnächst auf europäischer Ebene die Frage der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber geregelt werden?

Ist einmal geregelt, daß jeweils nur ein Mitgliedstaat für die Annahme und Überprüfung des Asylantrages verantwortlich ist, so ist auch klargestellt, daß dieser Staat im Falle des negativen Ausgangs des Asylverfahrens für die Abschiebung des Flüchtling nicht nur aus dem Land, das diese Entscheidung getroffen hat, sondern aus allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft, verantwortlich ist. So sieht es jedenfalls ein Richtlinienvorschlag der EG-Kommission vor. Und auch im Vorentwurf für eine Vertragsregelung des Übereinkommens von Schengen heißt es in Paragraph 35:

«Der zuständige Vertragsstaat (für Asylverfahren) ist verpflichtet, den Ausländer, dessen Asylantrag definitiv (rechtskräftig) abgewiesen ist und der sich in einen anderen Vertragsstaat begeben hat, ohne hierzu die notwendige Erlaubnis zu besitzen, zurückzunehmen.» Ein Flüchtling, der nach rechtskräftiger Ablehnung seines Asylantrages in der BRD nach Frankreich geht und dort aufgegriffen wird, der würde dann wieder in die BRD gebracht und hier müßten die Behörden dann für die Abschiebung in ein Land außerhalb der EG sorgen.

Aber auf Vorschlag der Benelux-Staaten will man die Abschiebepraxis noch effizienter gestalten. Ein "gemeinschaftlicher Ausweisungsfond" soll gegründet werden. «Sinn dieses Fonds ist, daß illegal sich im Schengen-Gebiet aufhaltende Ausländer, die nicht über finanzielle Mittel verfügen, schnell ausgewiesen werden können, ohne zeitraubende Übernahme-Verpflichtungserklärungen, auf der Basis eines gemeinschaftlichen Fonds» - so heißt es im Bericht über den Stand der Verhandlungen im Rahmen des Abkommens von Schengen. (*5)

Als wesentliches Ziel der zukünftigen europäischen Abschiebepraxis bleibt also festzuhalten, daß die Länder der EG in Zukunft dafür zu sorgen haben, daß ein abgelehnter Asylbewerber jeweils nicht nur ihr Land sondern die EG insgesamt verläßt. Damit dieses System aber gut funktioniert, damit man weiß, woher ein Flüchtling kommt, ob er schon in einem anderen Land Asyl beantragt hat, ist es notwendig, den Informationsaustausch zwischen den EG-Ländern erheblich zu intensivieren. Und auch hier haben sich die Länder schon etwas einfallen lassen.

Informationsaustausch zwischen den Ländern der EG

Wenn es sich durch die Aufhebung der Kontrollen an den Binnengrenzen schon nicht verhindern läßt, daß Flüchtlinge weitgehend ungehindert innerhalb der EG reisen können, so will man durch einen intensiven Informationsaustausch verhindern, daß etwa ein Flüchtling in mehreren Ländern gleichzeitig oder nacheinander einen Asylantrag stellt. Ein Informationsaustausch ist vorgesehen über ...

- neue Gesetze oder Maßnahmen auf dem Gebiet des Asylrechts oder über die Behandlung von Asylantragstellern, spätestens zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens.
- die monatliche Statistik über Antragsteller mit Angaben über die Einreise aus den wichtigsten Herkunftsländern.
- das Erscheinen von neuen großen Gruppen von Asylantragstellern oder eine beachtliche Zunahme von bestimmten Gruppen von Asylsuchenden.
- wichtige Urteile auf dem Gebiet des Asylrechts.
- Informationen bezüglich der Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge.

Am wichtigsten ist aber natürlich der geplante Austausch von personenbezogenen Daten. So heißt es in Art. 28 des Vorentwurfs für das Schengen-Abkommen: «Stellt ein Vertragsstaat den Antrag auf Übermittlung aller Daten eines Asylantragstellers, sind die Vertragsstaaten verpflichtet, diese Informationen zur Verfügung zu stellen. (...) Diese Daten sollen sich auf folgendes erstrekken:

a) die Personalien des Asylantragstellers sowie die seiner Familie
b) die Legitimationspapiere
c) die Dokumente, welche die Identifizierung ermöglichen, z. B. Fotos und Fingerabdrücke
d) Aufenthalte und Reiserouten
e) das Datum des Asylantrages, den Verfahrensstand, den Tenor getroffener Entscheidungen.

V.4 Der gläserne Flüchtling

Um den schnellen Zugriff auf diese Daten zu gewährleisten, bedarf es natürlich eines Datenverbundes, der in Form des "Schengen-Informations-Systems" (SIS) auch geplant ist. Dabei handelt es sich nicht um eine gemeinsame Datenbank, sondern um eine Verknüpfung bereits bestehender nationaler Datenbanken. Hier entsteht also, weitgehend unbemerkt und unkontrolliert von der Öffentlichkeit, so etwas wie eine "europäische Fahndungsunion" (*6)

gers empfindlich treffen" könne. Das Informationssystem diene nämlich nicht nur der Ausschreibung von Verdächtigen zur Festnahme, sondern auch "der teilweise verdeckten Sammlung von Informationen in allen Bereichen". Auch sei zu bedenken, daß - wenn das Schengen-Modell später auf alle Länder der EG erweitert werde - fünf der zwölf Mitgliedstaaten nicht einmal ein Datenschutzgesetz hätten. (*7)



Unterbringung von Flüchtlingen im Frankfurter Flughafen 1988

Dem Austausch personenbezogener Daten über Flüchtlinge innerhalb der Staaten der EG kommt dabei eine Pilotfunktion für die Entwicklung der europäischen Fahndungsunion zu.

So weisen auch die Datenschutzbeauftragten einiger europäischer Länder in einer gemeinsamen Erklärung auf die Gefahren des geplanten SIS hin. Das geplante "Schengen-Informations-System" stelle "eine neue Dimension der grenzüberschreitenden Verarbeitung personenbezogener Daten" dar, die "die Rechte des Bür-

Am Beispiel des europaweiten Austauschs personenbezogener Daten über Flüchtlinge wird m. E. nochmal deutlich, wie wichtig es ist, die restriktive Politik gegenüber Flüchtlingen nicht isoliert zu betrachten und zu bekämpfen, sondern sie als Teilaspekt einer Politik zu begreifen, die europaweit auf eine stärkere Kontrolle aller Bürger und auf einen Abbau von Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten der Bürger abzielt.

V.5 Koordinierung bei der Zuerkennung des Flüchtlingsstatus

Wer soll als Flüchtling anerkannt werden?

Die Anerkennungsquoten für Flüchtlinge aus denselben Herkunftsländern weichen gegenwärtig in den Ländern der EG erheblich voneinander ab. So lag etwa 1985 die Anerkennungsquote für Tamilen in der Bundesrepublik noch bei 37,4%, in Belgien und den Niederlanden bei 0,1%, in Frankreich bei 11% und in Großbritannien bei 0,2%. (*8)

Auch die Anerkennungsquoten für alle Nationlitäten sind in den europäischen Ländern sehr unterschiedlich:

Anerkennungsraten 1987:

Belgien	48%
BR Deutschland	12%
Frankreich	33%
Großbritannien	42%
wenn Fälle der humanitären Aufenthaltserlaubnis berücksichtigt werden	81%
Niederlande	17%
(incl. B-Status u. ä. ...	31%)
Norwegen	24%
Österreich	31%
Schweiz	9%

(Zahlenangaben nach UNHCR)

Wenn demnächst aber Flüchtlinge keine Möglichkeit mehr haben, ihr Asylland frei zu wählen, sondern immer das Land für den Asylantrag zuständig ist, in das der Flüchtling zuerst einreist, und keine Möglichkeit besteht, im Falle der Ablehnung des Antrags, in einem anderen europäischen Land Asyl zu beantragen, dann scheint eine Angleichung der Anerkennungskriterien erforderlich. Kurzfristig scheint nun so eine Angleichung nicht realisierbar; und - aus Sicht der EG-Kommission - auch nicht notwendig. Diese schlägt vielmehr die Einsetzung eines beratenden Ausschusses für Fragen des Asylrechts vor, der mittels allgemeiner Stellungnahmen eine schrittweise Angleichung der einzelstaatlichen Praktiken herbeiführen soll. Und auch der Vorentwurf für das Übereinkommen von Schengen enthält keine Regelung hinsichtlich einer Festlegung gemeinsamer Kriterien für die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus. Es ist lediglich - wie schon erwähnt - der Informationsaustausch über wichtige Urteile auf dem Gebiet des Asylrechts vorgesehen.

Als Grundlage für gemeinsame Kriterien für die Zuerkennung des Flüchtlingsstatus bietet sich zunächst natürlich die von allen EG-Ländern ratifizierte Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) an. Danach wird der Flüchtlingsstatus derjenigen Person zuerkannt, die "aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtung nicht in Anspruch nehmen will".

Die unterschiedlichen Anerkennungsquoten bei Flüchtlingen aus denselben Herkunftsländern machen aber deutlich, daß diese Definition offensichtlich einen erheblichen Ermessensspielraum bietet; die Berufung auf die GFK also noch nicht zu einer einheitlichen Anerkennungspraxis führt. Außerdem wird diese Flüchtlingsdefinition, die sich am europäischen Flüchtlingsproblem orientierte, den gegenwärtigen Fluchtursachen nicht mehr gerecht.

So fordert dann auch das europäische Parlament in seiner Stellungnahme zu Fragen des Asylrechts, bei der Festlegung des Flüchtlingsstatus sollte «insbesondere der Flüchtlingsbegriff der Flüchtlingskonvention der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) zugrunde gelegt werden» und «die Bestimmungen der GFK müßten analog für alle Personen gelten, die wegen ihres Geschlechts oder wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden».

Die dort angesprochene Flüchtlingsdefinition der OAU Konvention lautet: «Der Begriff Flüchtling soll außerdem auf jede Person Anwendung finden, die wegen Aggression von außen, Besetzung, Fremdherrschaft oder auf Grund von Ereignissen, welche die öffentliche Ordnung in einem Teil des Landes oder dem gesamten Land ernsthaft stören, gezwungen ist, den Ort ihres gewöhnlichen Aufenthaltes zu verlassen, um an einem anderen Ort außerhalb des Landes ihrer Herkunft oder Staatsangehörigkeit Zuflucht zu suchen.» Angesichts der gegenwärtigen restriktiven Anerkennungspraxis ist klar, daß eine solche Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs von den europäischen Regierungen abgelehnt wird. Auch der Hinweis, daß vielen Flüchtlingen auch nach Ablehnung des Asylantrages der Aufenthalt gestattet wird, da sie aus Kriegs- bzw. Krisengebieten kamen und im Falle ihrer Abschiebung ihr Leben bedroht wäre, rechtfertigt aus Sicht des Bundesinnenministeriums noch nicht die Forderung, diesen Menschen den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen. «Die teilweise großzügigere Aufnahme von de facto Flüchtlingen in Europa darf», so der ehemalige Innenminister Zimmermann, «nicht dazu mißbraucht werden, den Flüchtlingsbegriff im Sinne einer Verpflichtung zur Asylgewährung zu mißbrauchen.» (*11)

V.6 Angleichung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge

Die Angleichung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge steht gegenwärtig nicht auf der Tagesordnung der verschiedenen Gremien, die sich mit der Harmonisierung der Asylpolitik beschäftigen. Sollte es aber mittelfristig zu einer Angleichung der sozialen Standards kommen, so wäre zu hoffen, daß man sich dabei nicht am "Modell Deutschland" orientiert. Schließlich ist die Bundesrepublik das einzige Land in der EG, in dem es eine "Residenzpflicht" für Flüchtlinge gibt. Hier sind die Flüchtlinge mit am längsten dem Arbeitsverbot unterworfen. Und geht es nach dem Willen der badenwürtembergischen Landesregierung, dann soll demnächst ja auch die Sozialhilfe für Asylbewerber pauschal um 20% gekürzt werden. Freilich, auch in den anderen westeuropäischen Ländern sieht es nicht viel besser aus. Überall ist in den letzten Jahren eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Flüchtlinge festzustellen.

Es wäre daher schon viel gewonnen, würde man sich bei einer Angleichung des sozialen Standards für Flüchtlinge an der Entschließung des Europäischen Parlaments orientieren. Dort wird gefordert: «Fortdauernde erzwungene Unterbringung in Sammelunterkünften, längerfristiges Arbeitsverbot, andauernde Residenzpflicht und längere Beschränkung der Bewegungsfreiheit sind zu vermeiden, dürfen jedoch sechs Monate nicht überschreiten, weil sie andernfalls gegen die Menschenwürde verstoßen.»

Nun orientiert sich die bundesrepublikanische Asylpolitik bekanntlich nicht am Gesichtspunkt der Menschenwürde. Und so ist es denn auch nicht verwunderlich, daß Forderungen nach Aufhebung der sogenannten "flankierenden Maßnahmen" (Arbeitsverbot, Unterbringung in Sammellagern etc.) auf Ablehnung stoßen. Rechtfertigt man Residenzpflicht und Sammellager noch mit der eigenartigen Begründung, dies diene auch dazu, «die jederzeitige Erreichbarkeit des Asylbewerbers zu sichern und damit das Verfahren zu beschleunigen», so gibt man beim Arbeitsverbot den beabsichtigten Abschreckungseffekt offen zu: «Die Einführung des Arbeitsverbots für Asylbewerber dient dazu, (...) den Anreiz der Einreise aus asylfremden Gründen zu reduzieren.» (*12) Eine Verkürzung oder gar Aufhebung des Arbeitsverbots hätte demnach nach Ansicht des Innenministeriums zur Folge, «daß erneut der Eindruck entstünde, man könne, auch ohne politisch verfolgt zu sein, zur Arbeitsaufnahme in die Bundesrepublik einreisen. Dies hätte eine Sogwirkung zur Folge, die nicht mehr zu bewältigen wäre.» (*13)

Die flankierenden Maßnahmen, vor allem das Arbeitsverbot, sollen Flüchtlinge vor der Einreise in die Bundesrepublik abschrecken. Inwieweit die europäischen Regierungen in Zukunft zu einer Verkürzung oder Aufhebung des Arbeitsverbots bereit sein werden, wird daher entscheidend davon abhängen, ob es ihnen gelingt, mit anderen Maßnahmen die Einreise von Flüchtlingen zu verhindern. Gelingt die weitgehende Abschottung nach außen, kommen also nur noch wenige Flüchtlinge in die Länder der europäischen Gemeinschaft, dann werden die europäischen Regierungen eventuell auch das Arbeitsverbot aufheben. Schließlich könnten sie dann ja wieder Kosten für den Unterhalt der Flüchtlinge sparen.

Sollte die Bundesregierung eines Tages tatsächlich verkünden, das Arbeitsverbot für Flüchtlinge werde aufgehoben, so wird dies wohl gleichzeitig indirekt die Meldung beinhalten: sie haben es mit anderen Maßnahmen geschafft, dafür zu sorgen, daß nur noch wenige Flüchtlinge in die Bundesrepublik einreisen.

Aus: EUROPA GRENZENLOS GRENZENLOS ASYLFEINDLICH? - Materialien zur europäischen Asylpolitik
Herausgeber: Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA) Münster, Hammer Str. 39, 4400 Münster, Tel.: 0251-527483

Sag mir, wo das Bündnis is, wo is'es 'jeblieben ...?

Antifa-Bündnis pennt !

A bwesend
N ix Power
T otal verschlafen
I naktiv
F aul und feige
A L
 B ü n d n i s

Mi. 7.2.9o : REP treffen sich in Neukölln, Weisestraße, Kneipe,
Antifa???

Do. 8.2.9o : Antifa - Demo am Alex
ANTIFA ???

Do, früh- : Schönhuber und Le Pen im Reichstag
ANTIFA ???

Fr. 9.2.9o : Rathaus Schöneberg: REP-Verband Groß-Berlin gegründet, REP in Zimmer 2o2 (SPD gleichzeitig in Zimmer 2o1);
AL packt Koffer zur Kur in Bad Bevensen!
ANTIFA???

Sa.1o.2.9o : Außerordentlicher REP-Landesparteitag ICC, im Nebensaal pennt DGB,
Draußen Autonome Antifa und 1ooo Bullen!
BÜNDNIS ???



ANTIFA-BÜNDNIS : ZUKUNFT???

Wozu ist ein Bündnis nütze, das zu Fascho-Aktionen keine Infos weitergibt, niemanden mobilisiert und andere Mobilisierungsversuche ablehnt und untergräbt???

Orange-Grün fordert Friedhofsruhe -
Bündnis-Büttel-Innen führen aus !!!
Deutschtümelei schwappt über -
Bündnis in "Schwarz-Rot-Senf" ???

!!! JETZT REICHTS !!!

Reformisten: SPD - AL - DGB u.a. GesoxInnen raus aus Bündnis!!!

Ey, Leute!

Da machen die REPs am Sonnabend ihren Parteitag, ganz kurzfristig und schon ab 6 Uhr morgens, na klar, und dann noch im ICC, wie voriges Jahr ..., und was tun wir dagegen? Eine kleine Randmeldung in der Lügen-taz, und keine Reaktion und keine Mobilisierung so spontan. Warum hat das nicht geklappt, REPs nicht mher aktuell, oder was, oder hat das einfach keine mitgekriegt? Dann können die sich ja freuen! Also, das hätte ich nicht erwartet, daß da um zehn Uhr morgens nur ca. 50 Leute da waren, so daß wir dann lieber wieder gegangen sind, weil, das wär dann doch zu peinlich gewesen bei dem Riesen-Bullenaufgebot, also nee.

Enttäuscht.
EinE AntiFa

PS: Da war die Kitademo in der City doch schon ein ganzes Stück lustiger (vonwegen "militante Spitze" und so) ...

DER GROßE PSYCHO-TEST

Dieser Test verrät (nicht nur) dir, welcher Fraktion der sogenannten autonomen Szschene du gerne angehören würdest. Und wer möchte das nicht gerne wissen? Den ausgefüllten Testbogen schickst du, unterschrieben mit 'Ayse', 'Arthur' oder 'Anna', an die Interim. Preise winken natürlich nicht - bürgerliche Konsumscheiße -, aber wer am schönsten nachweist, daß dieser Test denunziatorisch o.ä. ist, kann mit einer Würdigung seiner/ihrer Arbeit in der Interim rechnen.
Und so wirds gemacht:
Nimm die Interim Nr.89 (8.Februar 1990) zur Hand oder laß es sein und beantworte die folgenden Fragen (immer nur eine Antwort ankreuzen!). Die Entschlüsselung des ganzen ist auf Seite zu finden...

1.) Daß das Papier der Gruppe Molotow nicht abgedruckt wurde, finde ich
- a) gut
- b) schlecht
- c) belanglos
- d) bezeichnend

2.) Zum Text "WILD WEST IN SÜD-OST" auf Seite 3 fällt mir folgendes ein:
- a) So reden Indianer doch gar nicht
- b) Ich komme gar nicht aus Baden-Württemberg
- c) Das ist nicht der Moment für Scherze
- d) Adada Adada Cucurucu Patronimo!

3.) Den 'Verein SO 36' betrachte ich als
- a) Arm der Repression
- b) armselig
- c) Armageddon
- d) armlos

4.) Den Artikel zum Werra-Block (Seite 5) habe ich
- a) quergelesen
- b) nach Wessiland geschickt
- c) mehrfach studiert
- d) diskutiert, ohne ihn gelesen zu haben

5.) Das Flugblatt der Danckelmannstr.54a ("15.märz - das ultimatum?") betrachte ich als
- a) zu lang
- b) zu kurz
- c) Beweis für die Weiterentwicklung der Kämpfe im Stadtteil
- d) Botschaft von einem anderen Stern

6.) Den Text "OSTEUROPAS REAKTIONÄRE SAUCE QUILLT ÜBER" (Seite 12) fand ich gut, weil
- a) er von Ingid Strobl ist
- b) mir derartiges völlig neu ist
- c) er professionell gesetzt ist
- d) da drin das steht, was wir uns zuhause seit November dauernd gegenseitig erzählen, nur besser ausgedrückt

7.) Zum "RASSISMUS IN DER SZENE" habe ich folgendes zu sagen:
- a) Übel! Die Szene wird von Faschisten regiert!
- b) Übel! Die Szene wird von Typen, die sich 'autonom' nennen, angepißt!
- c) Mich nerven die ganzen stupiden Polen und Ossis sowieso schon lange
- d) Was ist eigentlich Faschismus?

8.) Was Stalin angeht ("Vorfall 'Stalinplakat'", S.17), so würde ich
- a) gerne wissen, wer das war
- b) gerne von ihm lernen

c) das ganze tiefer hängen
d) die ganze 'KPD' hängen

9.) Die Aktionen der "Revolutionären Viren" (gegen Lahmeyer International) und der "kämpfenden einheit 'cepa' gallende" (gegen RWE) sehe ich als
a) in keinem Zusammenhang stehend
b) wichtigen Schritt zur Herstellung der Bedingungen für eine neue offensive Phase und zum Durchbrechen der Grenzen der Teilbereichsbewegungen, wodurch eine Perspektive für einen Kampf mit einer einheitlichen Stoßrichtung von Widerstand für die Zusammenlegung aufgezeigt wird
c) dufte Sache, aber die Texte habe ich nicht gelesen
d) Ausdruck der zutiefst unterschiedlichen Strategieansätze der militanten Gruppen

10.) Sexistische Bücher bei Elefanten Press (S.22)? Dazu meine ich
a) lieber gar nichts
b) ...daß ich auch als Mann da voll dagegen bin
c) ...daß Elefanten Press eh ein Handlanger von Verein SO 36 und BKA ist
d) ...'Wohlthat', Kottbusser Damm, neben Bilka, wartet noch...

11.) Zur Aktion der "Revolutionären Autonomen Vire Virchow" fällt mir ein:
a) nichts kritisches
b) gute Sache, aber "Klassenkrieg 90"...?
c) "Klassenkrieg 90" gut, aber der Rest...?
d) Scheiße, jetzt hab ich meinen Hund schon abgegeben!

12.) Und was das Flugblatt zum Kita-Streik (S.26) angeht...
a) was interessieren mich diese Reformisten?
b) das Flugi ist viel zu kurz, unsere Inhalte fallen dabei hinten runter
c) der OberlehrerInnen-Ton ist genau das Richtige für ErzieherInnen!
d) wen interessiert schon die Meinung der Autonomen?

13.) "200 Seiten sind wirklich nicht genug!" (zum RZ-Papier) betrachte ich als
a) gelungene Verarschung typischer Szene-Texte
b) den Versuch, aus einem Satz 200 Seiten zu machen
c) gut, denn es muß ja auch mal was positives gesagt werden statt dem ständigen Runtermachen von Texten
d) gut, denn der Text eignet sich prima zum Runtermachen

14.) Den "Nachrichten"-Überblick fand ich
a) zu wenig inhaltlich bestimmt
b) notwendig
c) auf Seite 33
d) gut, nur was hat das "PS" vor dem Artikel zur Solidarität-mit-dem-kurdischen-Befreiungskampf-Demo zu bedeuten? Und wieviele Leute waren da wirklich? Und was ist der qualitative Unterschied zwischen 200 und 300 Menschen?

15.) Die Probleme des AGIT-Kollektivs sind mir
a) nur allzu vertraut
b) völlig fremd
c) nicht klar geworden
d) lästig

16.) Im übrigen fällt mir bei diesem Test auf, daß er
a) die wichtigsten Themen wegläßt und damit leugnet
b) von einem Mann erdacht wurde
c) nichts Neues bringt
d) leicht durchschaubar ist

Jetzt zählst du die Punkte zusammen!

	1.)	2.)	3.)	4.)	5.)	6.)	7.)	8.)	9.)	10.)	11.)	12.)	13.)	14.)	15.)	16.)
a)	4	0	9	2	0	8	7	7	2	0	5	10	3	9	4	10
b)	7	4	4	6	5	2	7	10	9	5	3	9	5	6	10	9
c)	0	9	7	7	10	4	0	0	7	10	10	8	6	0	2	8
d)	10	6	2	5	8	6	9	3	4	8	0	2	9	3	8	2

Und hier ist die Auflösung:

unter 17 Punkte: Entweder du kannst nicht rechnen, oder du bist Volker Härtig.

17 - 30 Punkte: Schade, zur Mitgliedschaft in der Szene reicht es bei dir noch nicht ganz. An einigen scheinbar unbedeutenden Kleinigkeiten offenbart sich, daß du politisch doch eher jenseits des Trennungsstriches stehst. Aber immerhin, einen Nutzen hat der Test doch: Du weißt jetzt, daß du bescheuert bist, und wir wissen wieder etwas mehr über den Feind, nämlich dich.

31 - 60 Punkte: Dein Reformismus stinkt zum Himmel, aber dank langjähriger Zugehörigkeit zu Szene, Kollektiven und/oder VVs wirst du in autonomen Kreisen weiterhin geduldet. Darauf solltest du dir aber nichts einbilden, denn für den nächsten Test wird die Bewertung verschärft! Wenn du es dir also einfallen läßt, bis dahin weiter wie bisher zu wurschteln, kannst du ganz fix abrutschen, da hilft dir dann auch deine Interim-Sammlung nichts... Ein kleiner Strafprozeß, markige Worte (aber nicht zu mackrig!) oder ein unfertiges Diskussions-Paper stünden dir gut zu Gesicht, wenn du deine Stellung in unserem Verein halten oder gar ausbauen willst. Leider ist dir das Gefühl für den Unterschied zwischen taktischen Bündnissen und der Aufgabe der eigenen Positionen völlig abhanden gekommen, weil du gar keine eigenen Positionen hast, sondern nur noch 'realpolitisch' denkst.
Du bist am besten aufgehoben bei den "autonomen Reformisten", einem Zusammenschluß von Denunzianten, Kollaborateuren, Staatsschutz-Bütteln und Liberalisten, oftmals mit einem Hang zum Anarchismus (=Anti-Kommunismus), die manchmal aus Versehen auch was Vernünftiges machen und leider über relativ große ökonomische Macht verfügen (Kollektive und alte Connections...).

61 - 90 Punkte: Ein wenig profillos kommst du ja schon daher, oder? Kannst dich nicht so recht entscheiden zwischen Mündungsfeuer und Aufschlag, Teil der Frage oder Teil der Lösung... Immerhin hast du dich vom Mittelweg, der Kinderkrankheit des Autonomismus, gelöst und strebst zielgerichtet das autonome Mittelfeld an. Du denkst wohl, da kannst du nicht soviel falsch machen? Aber denk daran, daß der nächste Test schwieriger wird! Da werden dir nämlich auch Texte aus dem "Angehörigen-Info", der "Wildcat" und der "Aktion" zur Beurteilung vorgelegt. Was, kennst du alles nicht? Oh je, da bleibt für dich wohl wirklich nur eines übrig: Fraktion 08/15, und vergiß auf der nächsten Demo nicht wieder die Haßkappe oder das Pali-Tuch, dann fällt es wenigstens nicht so auf, wenn du in den falschen Zusammenhängen landest...

91 - 120 Punkte: Du denkst vielleicht, du seist 100%ig autonom, weil du ständig über Dinge redest, von denen du nicht viel weißt. Wenigstens meinst du, das alles klar zu haben, während du in die Papiere schreibst, daß du oder ihr es nicht so klar hast/habt... Vielleicht wohnst du sogar in der [redacted] mit dem Hauptfeind um die Ecke, was viel politische Arbeit und Analyse spart. Da haben es die Reformisten noch leichter, die werden wenigstens ernst genommen. Aber Spaß beiseite: Dein Platz ist eindeutig im Kern der autonomen Bewegung, als Antriebsmotor für alle möglichen politischen Aktionsformen, was auch immer dabei am Ende herauskommt (das interessiert ja auch gar nicht so). Viel hilft viel, nicht kleckern sondern klotzen, und trotzdem gibt es da noch eine Fraktion, die dich aussticht; du bist also steigerungsfähig!

121 - 149 Punkte: Oha! Hier stoßen wir in die dünne Luft der absoluten Avantgarde vor. Du hast es alles dermaßen gepeilt, daß sämtliche anderen Meinungen oder Ansätze dir höchstens ein müdes Lächeln entlocken. Oder ein wütendes Zähnefletschen. Du bist der Meinung, daß es mit dummen Witzen, Toleranz und Diskussionen in der Szene endlich mal ein Ende haben muß. Du hast alle Hauptfeinde klar ausgemacht und die Trennungslinien gemäß Mao (hätte auch Stalin sagen können) deutlich gezogen. Kontakte zur gesellschaftlichen Wirklichkeit bestehen bei dir nicht mehr - wozu auch -, stattdessen produzierst du große Mengen von Papers mit langen Sätzen darauf, die du deinem engsten Freundeskreis zu lesen gibst.
Deine Heimat ist die "kommunistische Fraktion" (laß dich dabei nicht vom Wort 'Kommunismus' verwirren, falls es dir fremd vorkommt), wo alles klar und einfach ist, wenn auch äußerst schwierig und von Feinden umgeben.



Daß etwas getan werden muß und zwar sofort,
daß es aber noch zu früh ist, etwas zu tun,
daß es aber schon zu spät ist, noch etwas zu tun,
das wissen wir schon...

Hans Magnus Enzensberger

KAMPAGNE 90 - K 90

KAMPF DEM KONJUNKTIV

Wir greifen die Idee der autonomen Zelle aus der Interim 84,S.3 auf, mit einem gemeinsamen Kampagnenmotto die Entwicklung und Ausweitung der Widerstandskultur anzuregen.
Dabei schließen wir uns der Kritik der RuckiZuckis aus der Interim 88,S.5 vor allem im Bezug auf die Sache mit dem "geschlechtsneutralen revolutionären Subjekt" an.
Ein brauchbares Motto muß kurz sein (Sprühen!) und inhaltlichen Freiraum lassen - die Bestimmung kommt durch die Kampagne selbst.

Unser Vorschlag : K90.

***

Wir wollen das Konzept folgendermaßen erweitern/vertiefen:

Die Wort-Mumie "Klasse" halten wir nicht für wiederbelebbar. Das Selbstverständnis und die Motivation der Kampagne sollten nicht unbedingt auf (mittlerweile) abstrakten Begriffen wie "Klasse" oder "Proletariat" fußen, denn auch Nicht-ProletarierInnen haben 1000 gute Gründe, die alltägliche Scheiße mit beiden Händen zurückzuschmeißen.
Sich da "an die Seite" irgendeiner Klasse zu stellen finden wir, gerade wenn wir nach Perspektiven im Postfordismus suchen, unbefriedigend.

***

Genau wie die Grenzen alter Begriffe, müssen daher auch die Grenzen von Scene und (36er-) Kiez überwunden werden (kennwadochwoher-ne?). Das bedeutet z.B. für bestehende autonome Zusammenhänge, mit den Ideen und Aktionsfor-

men von Leuten, die für die Kampagne zu gewinnen sind, offen und kreativ umzugehen.

Die gemeinsame Betroffenheit ist eine Chance für den Aufbau einer Gegenmacht auf

...eiter Basis an genau den Zwängen, die von allen tagtäglich subjektiv und erlebt wird. Hier entsteht der gemeinsame Wille, der sich zu wehren und Gegenmacht aufzubauen.

Es reicht nicht, laufenden, erstmal nicht-autonomen Themen die eigene Analyse überzustülpen, sondern es muß wirklich auf das eingegangen werden, was inhaltlich von den Leuten kommt, die sich da engagieren (siehe auch Kitastreik-Beiträge in der Interim 89).

***

Die wichtigste Aufgabe von K90 ist, die Gemeinsamkeiten untereinander aufzuzeigen und begreiflich zu machen, daß es letztendlich um einen Kampf geht, nur halt an verschiedenen Orten, aus verschiedenen Anlässen und mit verschiedenen Kampfformen.

***

Wir kämpfen nicht nur für "unseren" Kiez, "unsere" Umwelt, "unsere" Nieschen und Freiräume, sondern sehen den tieferen Zusammenhang; wir wollen die Konsequenz, denn das, was wir über den Zusammenhang der alltäglichen Scheiße mit dem Funktionieren des ganzen Systems wissen, genügt uns, um zu sehen, daß es keine Versöhnung gibt. Wir pendeln ständig zwischen Kompromiß und Konsequenz, weil wir an der Sicherheit (Wohnung, Einkommen) kleben. Wir stecken in den Verwertungsbedingungen und werden die alten Zwänge nicht los, sie holen uns immer wieder ein, mit süßen Versprechungen oder mit brutaler Gewalt.

***

Soziale Notwehr ist wichtig, bleibt aber ohne Perspektive, wenn sie nicht über die individuelle Betroffenheit hinausführt: zu den antiimperialistischen Befreiungskämpfen, zumindest zu deren Unterstützung, welche die objektive Realität des Imperialismus freilegen und sich weltweit in Bezug zueinander setzen.
Jede Verbreiterung einer Bewegung, bei der das langfristig nicht klar rüberkommt, stellt keinen Fortschritt dar.

Die Teile der Linken, die überhaupt keine Gemeinsamkeiten zwischen ihrem und dem Antiimperialistischen Kampf in Westeuropa entdecken können und sich davon distanzieren (Herbst 77), haben sich vollständig in Illusionen über diesen Staat verfangen und sind rettungslos dem Reformismus verfallen.

***

Eine wichtige Rolle werden massenhafte Klein-Aktionen spielen, da sie auch mit erstmal geringen Kräften von vielen kontinuierlich zu leisten sind und die Anfänge von Gegenmacht sichtbar machen (das würde so manche schwermütige Perspektiven-diskussion positiv stimulieren ...):



Die gut frequentierten Wege massivst zutapezieren und besprühen, Autos mit Ätz-Aufklebern den guten Sekundenkleber in die Schlösser pumpen, Reisebusse zu rollenden Parolenträgern umfunktionieren etc.
Eine verantwortungs-

volle(!) Technik- und Praxisvermittelung gerade für kleinere, schnell durchführbare Aktionen ist also von Bedeutung.
Unsere Stärke ist das breite Spektrum vom Flugi bis zum Fahrrad!
Bei den o.g. Klein-Aktionen müssen wir natürlich aufpassen, daß es nicht plötzlich "129." macht. Damit muß offensiv und clever umgegangen werden (Ideen?).
Vor allen Dingen müssen Profilierungs- und Mackermilitanz, nicht nur aus technischen Gründen, definiert und massiv kritisiert werden. Ein Kampf, der zur Selbstbefriedigung geführt wird, wird dem Anspruch der Bezugnahme aufeinander in keiner Hinsicht gerecht.

***

Was der "zellulose" Genosse in der Interim 89,S.28 zur Verbindung zwischen "DemogängerIn" und bewaffnetem Kampf schreibt, finden wir wichtig, wobei das noch wesentlich konkreter werden muß.
Bevor über "strukturelle Verbindungen" geredet wird, ist zumindest innerhalb der Kampagne klarzustellen, wie konsequent wir sein müssen, um uns nicht in den Befriedungs- und Integrationsfallstricken des Staates zu verfangen. Und es ist auch eine Frage der Konsequenz, nicht daran zu scheitern, daß Forderungen nicht durchsetzbar scheinen, wenn sich im Grunde nur die Kampfformen ändern müßten (zäher, radikaler, illegaler).

***

Es ist übrigens ein tolles Gefühl, zu sehen, daß in mehreren Beiträgen die Idee mit der Kampagne aufgegriffen wird, und meinen auch, daß in nächster Zeit sowas wie ein überregionales Sonderdoku fällig ist.
Wir propagieren außerdem die Wiederentwicklung der autonomen Layout-Kultur. Schön wärs ja, wenn die Interim in "Farbe" käme - abwarten, immerhin heißt K90 auch "KAMPF DEM KONJUNKTIV".

Mit einstweilen farblosen Grüßen - die GRAUEN ZELLEN

WOOLWORTH

KAMPFANSAGE AN:
Kleinfamilie, Klerus, Kybernokratie, Vergewaltiger, Kinderzwang-§218, Klassenjustiz-§129a, Kiezfresser, Konsumterror, Kernkraft, Kapitalisten(-Kaffee)...

VORWÄRTS MIT:
Kitastreik, Kohlenklau, Kollektivität, Kill a multi, Kaoten rein, Kalaschnikow, Kommune 90, Krieg den palästen, Kanzlersterben, Kaufhausklau, Kolchosen, Spaßgue- u. Kabarillja, Kiezerwachen, Kriegsdienstverweigerung, Krieg dem Krieg...

FROHE BOTSCHAFT - DER KAMPF GEHT WEITER, AUF ALLEN EBENEN.

WARUM WIR DAS BÜRO DES HERRN BRANONER ...

Seit drei Jahren stehen im Werra-Block nunmehr 90 Wohnungen leer. Damit nicht genug. Besitzer und Hausverwaltung, Roman Skoblo und die "Immobilien Braun", lassen auch die noch bewohnten Wohnungen systematisch verrotten. Undichte Dächer, durchbrechende Öfen, Löcher in Decken und Wänden sind an der Tagesordnung.

Und das Bezirksamt Neukölln?
Das verhängte Ende Oktober letzten Jahres eine Leerstandsbuße von 140.000 DM. Damit scheint man dort seine Pflicht getan zu haben. Nachdem Skoblo dem Bezirk gegenüber erklärt hatte, er werde nicht mit öffentlichen Mitteln modernisieren, steckt man im Bezirk den Kopf in den Sand. Man will von all dem weiteren Leerstand und dem Zustand der bewohnten Wohnungen wohl nichts mehr wissen. "Schliesslich könne man einen Hausbesitzer nicht zur öffentlichen Modernisierung zwingen" so das Stadtplanungsamt.

Da machen es sich die Damen und Herren aber einfach. Nein, zwingen können sie Skoblo nicht, weitere Subventionen für seinen ohnehin großen Hausbesitz anzunehmen. Skoblo hat eben die Freiheit zu entscheiden, auf welchem Weg er am schnellsten die meisten Gewinne einstreicht.

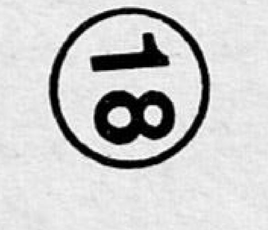
Aber Skoblo hat wohl auch die Freiheit über sein Geld und seinen Einfluß den Bezirk zum Schweigen zu bringen. Alle Anfragen und Schreiben an die Baupolizei blieben bisher wirkungslos. Und wenn sich ein Herr Branoner, seines Zeichens Autobahnstadtrat, mal genötigt sieht wie bei der Blockade der teuren Modernisierungsarbeiten am 19.12. die Wogen zu glätten, dann kommt allenfalls dabei heraus, daß sich eine Mieterin angesichts der drastischen Mängel in ihrer Wohnung sagen lassen muß, dies wären Schohnheitsfehler und sie selbst hätte für Abhilfe zu sorgen.

Skoblo hat wohl aber nicht nur das Geld und den Einfluß, sich die Baupolizei vom Halse zu halten, er findet auch immer wieder Unterstützung von Wolfgang Branoner. Bereits im Dezember, unter dem Eindruck der ersten MieterInnenversammlungen, ließ Skoblo Branoner behaupten, die Bauarbeiten im Block wären in vollen Gange und dementsprechend bestünde für den Bezirk kein Grund mehr einzugreifen.

Dem ganzen die Krone aufgesetzt allerdings hat Branoner mit seiner Meldung über die "Morgenpost" am 17. Januar. O-Ton Branoner: "Die meisten Wohnungen im Werra-Block sind bereits fertig saniert." Aha davon wissen wir nur noch nichts. Skoblo wohl auch nicht. Der hatte nämlich am 15. vor dem Hintergrund der Besetzung und Räumung gegenüber dem SFB erklärt, innerhalb des nächsten Vireteljahres würden etwa 15-20 Wohnungen vermietbar sein.

Etwas voreilig Herr Branoner?

Wir wissen nicht, ob Herr Branoner da zu weit ging, oder auch nur den nächsten Scheck vor Augen hatte und dabei etwas über die Stränge gelogen hatte. Wir wissen aber, daß Wolfgang Branoner seit längerem im Verdacht steht Nutznießer der Affäre um den Münchner Baubetreuer Bertram gewesen zu sein. Branoner war damals vom kleinen Referenten in der Senatsverwaltung zum Baustadtrat in Neukölln avanciert. Im Rathaus selbst ist es ein offenes Geheimnis, daß grade im Baubereich keine Karriere ohne die entsprechenden Protektoren im Rücken zustandekommt.



Seine Rolle als Baustadtrat hat der Aufsteiger Branoner dann sehr zum Wohle seiner Gönner genutzt. Unter seinem Einfluß kam unter anderem die Bereichsentwicklungsplanung zustande, die es sich zum Ziel gesetzt hat, den Anteil der AusländerInnen und SozialhilfeempfängerInnen in Neukölln zu verringern. Andernorts nennt man so etwas Sozialhygiene. Instrumente einer solchen Umstrukturierungspolitik sollen auf der einen Seite attraktive Fassadenrenovierungen und Strassenbegrünungsmaßnahmen sein, auf der anderen Seite sollen durch mietpreistreibende Modernisierungen Menschen aus ihrem Kiez vertrieben werden.

Gegen eine solche Politik muß Widerstand geleistet werden. Wir jedenfalls werden es nicht weiter zulassen, daß die kriminelle Vereinigung "IMMOBILIEN BRAUN" noch durch die Person des Baustadtrats Werbung und Unterstützung erfährt.

Wir werden nicht länger zusehen, wie die Baumafia und die von ihnen protegierten Politiker auf der einen Seite Augenwischerei betreiben und z,B. medienwirksam die möglichen Leerstandsbußen auf 100.000 DM pro Wohnung erhöhen, während auf der anderen Seite die Spekulanten von den Bezirksämtern immer offenere und direktere Unterstützung bekommen.

Wir haben heute das Büro des Neuköllner Baustadtrats Branoner besetzt, damit die Politiker im Rathaus merken, daß es in dem von ihnen verwalteten oder besser krisengemanagten Bezirk Menschen gibt, die eine solche Politik nicht einfach hinnehmen.

Wir werden vom Bezirk nicht fordern mit Leerstandsgeldern oder mit der Bauaufsicht gegen die "IMMOBILIEN BRAUN" vorzugehen. Daß dies bisher nicht im entsprechenden Ausmaß geschehen ist, wird seine Gründe haben. Wir wollen allerdings auf die Rolle Branoners und auf die Politik für die er steht, und nicht zuletzt auf seine Lügen aufmerksam machen und darüber eine öffentlichkeit schaffen, die es den Herren dort bald nicht mehr möglich sein läßt, weiterhin die Erfüllungsgehilfen der Spekulantenmafia zu sein.

... BESETZT HABEN

Der neueste Stand ist der, daß sich jetzt aus allen 11 Häusern eine "MieterInnenvertretung" gebildet und einen Brief an Skoblo geschrieben hat, in dem u.a. auch gefordert wird, daß uns ausreichend Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Die nächste Versammlung findet wahrscheinlich Ende Februar noch statt, und zwar in "Schultheiß in der Hasenheide"

VÖLKSSPÖRT

der umstrukturierung den militanten widerstand entgegenstellen!
otremba ist ein "normaler" spekulant der gleichzeitig noch vorsitzender des verbandes freier wohnungsbaugesellschaften ist; der ist der "effektivste" interessensverband der baumafia.
die otremba-baustelle hermannstr. 126 ist eine "normale" baustelle!
die bagger der baufirma "fahr gmbh" sind jetzt nicht mehr so "normal"!

9.2.90

sozialrevolutionäre zelle

S RZ

Dietmar OTREMBA Q - DAMM 63 / 74 / 219

Otremba verdient gleich mit 5 Firmen am Kudamm. Da ist die Otremba Baubetreuung und die sitzt nicht zufällig im selben Haus wie Hauert & Noack. In der Nr. 74 sind drei seiner Firmen angesiedelt:
Die Grundstücksgesellschaft am Lützowufer,
die Nostro Grundstücks GmbH und
die Otremba Grundbesitzverwaltungs GmbH.
In der Nr. 63 hat die Finanz- und Handels AG ihr Büro, die die Verwaltung von Vermögensgegenständen jeglicher Art zum Ziel hat und in der Dietmar Otremba 1976 mal Prokurist war. Von seiner umfassenden Zielsetzung wissen wir nichts (leider).
Da sich aber mit nur 5 Firmen nicht effektiv genug spekulieren läßt, hat Otremba noch ein paar mehr Firmen: Die Südwest - Boden GmbH & Co Heerstr. KG, Die aus der Allgemeinen Wohnbau Bellevue entstand, die Allgemeine Wohnbau Bellevue GmbH & CO Forsterstr. KG usw.. Über die Beta Siebente Beteiligungsgesellschaft für Wohnungsbau mbH ist er mit der Grund AG von Hauert & Noack verbunden - daher wohl auch die räumliche Nähe auf dem Q - Damm - und über die Deutsch - Holländische Grunderwerbsgesellschaft mbH mit einer westdeutschen Großspekulationsgruppe aus Köln, der Gruppe von Dr. Detlev Renatus Rüger.
Ansonsten wird Otremba als "ganz normaler Abschreibungsspekulant" vom Süd-Ost-Express eingestuft. Da heißt es: "Otremba hat schon einige Abschreibungsobjekte in Berlin gebaut, so z.B. das Tegel - Center. Seine Immobilienfonds bildet er mit Grund & Renten, einer Tochtergesellschaft der Grundkreditbank. Mit seinem neuesten Immobilienfond, der "Grund & Renten Spezialfond", wird am Q - Damm 74 derzeit ein Wohn- und Geschäftshaus gebaut, das können wird heute schon bewundern. Die Abschreibungsbeträge kommen dabei nicht durch sozialen Wohnungsbau, sondern durch Sonderförderung nach dem Bundespräsidentenprogramm für Führungskräfte der Wirtschaft zustande, sowie durch eine Schieberei mit Berlindarlehn, die aber zu 90% nur auf dem Papier existieren."
Auch was den Antes & CO Skandal angeht, erweist sich Otremba als ganz normaler Spekulant. Das Amtsgericht Tiergarten schreibt in dem Haftbefehl gegen den Immobilienmarkler Oldenburg auch einen Vorwurf gegen Otremba wegen Bestechung hinein. Danach soll Oldenburg insgesamt 250.000,- DM von Otremba an den damaligen Baustadtrat Antes weitergeleitet haben. Hintergrund sollen Bauabsichten an der Kaiser - Friedrich - Str. und an der Helmholzstr. in Charlottenburg gewesen sein.

TAUENTZIENECK HAUSVERWALTUNGS GMBH
HAUS UND HOF GRUNDSTÜCKS-GMBH
GRÜNBAUM KG Q-DAMM 218

Bagger auf Neuköllner Baustelle beschädigt

Vermutlich in der Nacht zu gestern wurden die Bagger eines Bauunternehmens auf einer Baustelle an der Neuköllner Hermannstraße beschädigt. Wie die Polizei auf Anfrage mitteilte, durchschnitten unbekannte Täter die Hydraulikschläuche der Fahrzeuge. Eine „sozialrevolutionäre Zelle" übernahm gestern in einem Schreiben an den Tagesspiegel die Verantwortung für die Aktion. Sie gelte, so hieß es, dem Bauträger Otremba und seiner Funktion als Vorsitzendem des Verbandes Freier Wohnungsunternehmen, dem „effektivsten Interessenverband der Baumafia". Der Staatsschutz hat die Ermittlungen aufgenommen. (Tsp)

Kleine Meldungen

Etwa 800 Slumbewohner haben im Norden der brasilianischen Stadt Rio de Janeiro einen Supermarkt geplündert. Wie die Polizei am Donnerstag mitteilte, erbeuteten sie fünfzehn Tonnen Fleisch, Gemüse und Früchte. Als die Polizei eingriff, flohen die Plünderer in das nahe gelegene Elendsviertel. (AFP)

VOM ASTA DER TU: ZU DEM SÜDAFRIKA SOLI-KONZERT

An die Spraydosen-Fraktion auf dem Soli-Konzert für Südafrika am 2.2. in der alten TU-Mensa.

Besagte Veranstaltung wurde von einer Szenekneipe und dem Asta der TU durchgeführt. Die Einnahmen sollten nach Südafrika gehen sowie zur Unterstützung der Anti-Shell-Kampagne dienen.
Da die Veranstalter die Räume auch nur vom Studentenwerk gemietet haben, müssen sie dafür auch Kohle abdrücken und sind für Schäden verantwortlich und genau die stehen ins Haus, mal soeben einige Tausend Märker, weil die Betonfraktion mal wieder meint dort sprühen zu müssen, wo es am einfachsten ist. Überflüssig zu erwähnen, daß der Asta die Miete bezahlt hat, damit die Einnahmen voll und ganz den genannten Zweck erfüllen. Wenn wir jetzt für die Schäden aufkommen, dann nicht weil wir müssen oder so blöd sind (haftbar wäre die Szenekneipe), sondern weil wir wollen, daß die Kohle auch dahin geht wofür sie bestimmt war.
Also, wenn irgendjemand meint mal wieder Kohle aus dem Fenster schmeißen zu müssen, dann weiter so.
Uns fallen jedenfalls genug vernünftigere Projekte ein, die gelaufen sind oder noch laufen: IWF, March-Straße, Claudia und Wolle, Waffen für El Salvador...

Eure dummen Studies

AN DIE AUTONOMEN ERZIEHERINNEN

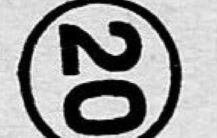
Ich find's gut, wenn ihr (wie beim papier in der interim nr.89, s.26) versucht, euch auf die aktuellen tageskämpfe der bürgerlichen realität zu beziehen. aber daß ihr euch ausgerechnet mit den erzieherInnen oder deren forderungen solidarisiert, hat mich schon erstaunt! doch dazu später. was ich -wie auch in der antwort einer redakteurin beschrieben- nicht verstehe, ist daß ihr versucht diese"kämpfe" in autonome kampfformen hineinzupressen(zumindest vom inhalt), obwohl die kita-streiks von den legitimierten, reformistisch-staatstragenden gewerkschaften gew und ötv getragen werden. ihr erklärt nur kurz die wichtigsten merkmale dieser gesellschaft, ohne einen direkten zusammenhang zum kitastreik zu schaffen. bei kapitalismus, imperialismus steht dazu bloß, daß das geld nicht "für die wirklichen bedürfnisse der menschen" verwendet wird. meint ihr damit etwa monoton mit den streikenden, daß die knete eher für kitas benutzt werden sollte? was ihr unter patriarchat schreibt, scheint schon eindeutiger:ihr seht die kita-arbeit gleichberechtigt zur frauenarbeit in der kleinfamilie stehen und erklärt damit die niedrigen löhne. herauslesen kann mensch auch da die forderung nach mehr kohle. wenn dies direkt auf euer beispiel der hausfrau angewandt wird, bedeutet dies: Forderung nach gleicher bezahlung der hausfrau wie die des mannes/arbeiters. die rolle der unterdrückten hausfrau wäre somit nicht abgeschafft, sondern sogar noch manifestiert (festgeschrieben). ich will aber jetzt nicht auf die schickanierten, armen erzieherInnen eingehen, die im gegensatz zur hAusfrau nur begrenzte zeit und sogar bezahlt "freiwillig" arbeiten, soweit mensch in diesem zwangssystem noch von"freiwilliger arbeit" sprechen kann. aber zumindest kann mensch sich aussuchen, bei welcher schweinerei er/sie mitmacht: ob bei akw-amlagen, daimler-benz, nixdorf, als richterIn oder als erzieherIn. im gegensatz zu den vorgenannten ist der beruf erzieherIn nicht so eindeutig diskutiert. es gibt kaum leute, die sich mit den negativen folgen dieses berufes beschäftigen. in linken kreisen wird er sogar als alternativer job gepriesen und oft anderen bevorzugt.
und da liegt genau das problem, wo ich drauf eingehen möchte: es kann nicht um eine reformierung in diesem beruf gehen, sondern um die abschaffung! wenn die kinder mitdiskutieren könnten, würden sie sich bestimmt nicht für eine aufsicht unter erwachsenen/erzieherInnen entscheiden. und dies nicht ohne grund: ob auf die offene art (mit schlägen, verboten usw) oder die versteckte (psychoterror, zureden usw.) erreichen erwachsene zumeist ihr ziel: nämlich den willen der kids zu brechen. die (v)erziehungstortour fängt schon direkt nach der geburt an. (das jetzt alles genau zu beschreiben würde den rahmen sprengen.) auf jeden fall kümmern sich zuallererst die oberen in der hi-rarchie der kleinfamilie (die eltern) um die unterdrückung der kleinsten, bis ihnen der staat einen teil der arbeit abnimmt und sich später immer mehr in das leben des/der heranwachsenden einmischt. frühstens passiert dies im der kita, aber spätestens in der schule. schließlich gibt es ja den schulzwang! aber die kita ist auch ziemlich gefragt. viele eltern wollen sich einen teil der erziehungsarbeit sparen oder es müssen beide elternteile malochen, so daß die frau(oder auch neuerdings der mann) ihre/seine hausarbeit einschränken will/muß. in der kita wird dann die unterdrückung der kids fortgesetzt. also bedeutet der beruf erzieherInnen nix weiteres, als ein teilvom kinder-unterdrückungsaparat. zwar meinen manche erzieherInnen, sie könnten dem brutalen elternhaus eine bessere alternativebieten: "ich würde die kids niemals schlagen." oder:"ich werde sie zu waren anarchistInnen (sozialistInnen, kommunistInnen oder sonstwas) erziehen."
aber da vergessen sie: durch zwang kann keineR etwas lernen, außer sich zubeugen oder widerstand zu leisten. aber widerstand zu leisten (auch nur unterschwellig) gegen etwas, was sich revolutionär oder progressiv nennt, führt bestimmt nicht zu demselben. und sich einer lehre durch zwang zu beugen, kann nicht ehrlich sein(siehe "realexistierendersozialismus"). wollen die erzieherInnen aber tatsächlich etwas ohne zwang mit den kids machen, so wird das kaum möglich sein, zumal diese immer noch dem zwang in ihrem elternhaus ausgeliefert sind!
aberabgesehen von dem bewußten beeinflussen, müssen erzieherInnen noch viele pflichten erfüllen. sie müssen z. b. den/die große/n aufpasser/in spielen und somit verbote aussprechen und durchsetzen. ansonsten kommen sie ihrer"erzieherischen pflicht" nicht nach und werden durch gesetze bedroht/verurteilt. das ist die letzte möglichkeit, die (v)erzieherInnen in ihre wirkliche staatstragende aufgabe zu zwingen, falls sie es nicht schon durch die ausbildung, einsicht in bestimmte arbeitserleichternde maßnahmen oder sonstwie drin haben. sie sind teil des staatsaparats wie sozialarbeiterInnen, psychoterapeutInnen, psychiaterInnen und sonstige beamtInnen. außerdem sind sie die verlängerung der kleinfamilie, die ja bekanntlich die kleinste zelle des staats ist!
deswegen verwunderts mich, daß ihr nicht den erzieherInnenberuf als solches in frage stellt, anstattauf die reformistischen forderungen der (kapitalistischen) gewerkschaften einzugehen(mehr geld). wenn ihr meint dadurch die erzieherInnen auf eure seite zukriegen, so müßt ihr bedenken, daß die kids auf der anderen seite stehen. darum: es gibt nur eine alternative für die kinderquäler im erziehungswesen: die arbeitslosigkeit!

ABSCHAFFUNG DER KLEIN- UND GROßFAMILIE!!!

FÜR DIE SELBSTBESTIMMUNG DER KIDS!!!

GEGEN SCHULZWANG,ELTERN-,ERZIEHER/INNEN-&SONSTIGEN ERWAXENENTERROR!!!

Neeh
(notorischer eltern- u. erzieherInnenhasser)





Stadtteilzeitung

c/o Nachbarschaftsladen
Huttenstraße 36
1000 Berlin 21

Die wechselvolle Geschichte des KUBAT-Dreiecks

Zerbombt, begrünt, besetzt, umgegraben und nun innerstädtische Goldgrube

Der 9. November 1989 macht es möglich: Das Lenné-Dreieck, einst Ödland, wird zum begehrten innerstädtischen Grundstück. Quadratmeterpreise bis hin zu Kudamm- oder Tauentziendimensionen werden aufgrund der neuen zentralen Lage erwartet, und das sind immerhin schlappe 8000 Mark. Grund genug für viele der alten Eigentümer dieser einstigen Nobelgegend, sich ihrer alten Heimat auf dem Lenné-Gelände zu erinnern. Auf 20 der 29 Grundstücke, die sich auf dem Gelände des Lenné-Dreiecks befinden, wurden inzwischen bei der Senatswirtschaftsverwaltung Besitzansprüche von den alten Eigentümern angemeldet.- Größter Hecht im Karpfenteich ist dabei der Hertiekonzern, der 13 Grundstücke (2/3 der Gesamtfläche) beansprucht. Um diesem Anspruch Nachdruck zu verleihen, plant der Konzern seine Zentralverwaltung von Frankfurt wieder zum ehemaligen Stammsitz Berlin zurückzuverlegen. Nach der Zerstörung des Viertels im zweiten Weltkrieg war das Gelände zunächst in Ostberliner Besitz. Im Rahmen eines Gebietsaustausches zwischen Ost- und Westberlin und der militärischen Unterwerfung der Republik "Kubat Libre" ging es im Juli 1989 wieder in Westberlins Besitz über. In der Senatswirtschaftsverwaltung geht man davon aus, daß viele der Eigentumsansprüche zu Recht bestehen.

Notizen aus der Lausitz

Wieder bewohnt ist das Haus Spremberger Straße 4 in Hoyerswerda (DDR). Im Laden richten die BesetzerInnen ein Umweltzentrum ein, was mittendrin im Braunkohlerevier auch bitter nötig ist. Die Bürgermeisterin der Kreisstadt war so freundlich, ein Räumungsultimatum bis zum 15. Februar zu stellen. Offenbar will sie den Altstadtabriß vorantreiben, sobald aus der BRD das Geld dafür kommt. Die Leute im Haus wollen bleiben.

Den Staffelstab des Widerstands an die anderen vom Braunkohletagebau bedrohten DDR-Dörfer weitergegeben haben die 2000 BewohnerInnen von Klitten (an der Bahnlinie von Hoyerswerda nach Niesky). Schon unter den HoneckeristInnen hatten sie sich gegen die geplante Umwandlung ihrer Heimat in eine Mondlandschaft organisiert und sich schlicht geweigert, wegzuziehen. Nachdem zur Großdemo am 3. Februar tatsächlich das ganze Dorf auf den Beinen war, gab es jetzt erst mal die mündliche Zusage, daß die Bagger 1995 kurz vor Klitten stehenbleiben werden. Delegierte aus dem benachbarten Reichwalde, aus Hornow (Kreis Spremberg) und aus Griesen (Kreis Gräfenhainichen) haben berichtet, auch ihre Dörfer werden sich nicht unterpflügen lassen. In Griesen läuft die erste Demo am Wochenende 24./25. Februar.

Laß unsere Gehirne nicht aussetzen, wenn wir an Westgeld denken!
Herr, erbarme dich! (aus einem Lausitzer Gottesdienst)

RADIO 100 AUF DEM WEG DER TAZ?

Was geht uns das an? Das Radio war doch von Anfang an, nicht direkt in der "Szene" verankert.. ist doch langweilig, kennen wir doch von der TAZ, was da passiert....
Aber immerhin ist ca 1/3 der 120.000 DM die monatlich in den Äther geschossen werden aus links-alternativen Projekten wie KOB, Netzwerk, TAZ etc. und genau dieses Drittel, also ein Gesellschafter dieses Radios versucht nun die linken Inhalte aus dem RAdio zu kippen. Offiziell heißt das Programmreform, organisatorisch-strukturelle Veränderungen. Damit wird dem Tagesprogramm, daß "aktueller" und "informativer" werden soll, den absoluten Vorang gegeben- das Abendprogramm mit den Schwerpunktsendungen der Frauen, Schwulen und Lesben, Internationalisteen, den Anarchos von ROZ, dem Knastfunk und Studis soll gekürzt bzw gestrichen werden. Mit den Streichungen soll im Rahmen des Wiedervereinigungsrummels stellen für die DDR-Berichterstattung finanziert werden. Durch die Programmreform sollen ebenfalls die demokratischen Strukturen sowie die Autonomie der Redaktionen abgeschafft werden. Bei den linken, feministischen Redaktionen diese evt. am Besten ganz abgeschafft werden.
Während in den Anfängen des Radios noch versucht wurde die Vorgänge noch nach Außen zu tragen, ist es mittlerweile intern schon fast unmöglich zu durchschauen wie dort Politik betrieben wird. Auf jeden Fall sollen jetzt mit der Programmreform die linken Inhalte der Abendredaktionen rausgekickt werden, und sich dafür bürgerliche, eher sozialdemokratische Inhalte durchsetzen. Gedroht wird mit der Nichteinzahlung der im März fälligen Rate des Gesellschafters ARB (Andere Radio Berlin) das von o.g. Projetkten finanziert wird, falls nicht das Abendprogramm mit den Schwerpunkten abgeschafft wird.
Zur Dokumentation Auszüge aus dem Papier der Kernredaktion (dem politschen Vertretungsorgan der MitarbeiterInnen), die sich eher aus dem linken Spektrum des Radios zusammensetzt, und nicht für die Abschaffung des Abendprogramms plädiert, sondern für Kürzung aus finanziellen Gründen:

Dabei geht die KR von folgendem Konsens über die derzeitige Legitimation von Radio 100 aus:

Seit dem 9.11. hat sich auch die Lage für ein linksalternatives Radio drastisch gewandelt. Wir sind plötzlich ein Radio mit Hinterland geworden. Berlin wird sich zu einem europäischen Zentrum, zumindest zur OST-WEST-Drehscheibe entwickeln. Was in Berlin passiert, ist nicht nur von bundesweiter sondern auch von internationaler Bedeutung, allein schon mal, weil hier die Hauptstadt der DDR ist (und sich die eines deutschen Staates bereits vor unseren Augen in Gründung befindet.) Da wir darüber hinaus auch noch in viel zu naher Zeit mit einer Satellitenfrequenz ausgestattet und damit europaweit zu empfangen sein werden, kann über das politische Potential dieses SEnders kein Zweifel bestehen.
Kein Zweifel besteht allerdings auch darüber, daß wir uns bisher in keiner Weise dazu legitimiert haben, diesen Möglichkeiten eine entsprechende Programmwirklichkeit entgegenzusetzen. Es ist m.E. unsere letzte Chance, hier einen wesentlichen, überlebensnotwendigen Schritt voranzukommen. Je mehr die Bedeutung dieser Frequenz zunimmt, desto mehr werden wir und die



Gesellschafter dem Druck vieler interessierter Medienunternehmer ausgesetzt sein, um so heftiger, je länger wir in den Untiefen des Dilletantismus herumdümpeln.

Um gleich einer Reihe zu erwartender Panikreaktionen vorzubeugen, hier zunächst nur stichwortartige, zur Begründung und zum Verständnis des Schemas unbedingt notwendige Anmerkungen:

1. die Verwirklichung dieser Programmreform hat ein paar unabdingbare Voraussetzungen, die sich finanziell, organisatorisch und personell umsetzen werden müssen:

a. kostet das Programm mehr Geld,

b. müssen neue Organisatorische Voraussetzungen, d.h. Koordinations- und Kontrollfunktionen sowie ein zentrales Redaktionssekretariat geschaffen werden,

c. es muß eine klare Kompetenz- und Ressortabsprache mit/in der KR getroffen werden. Die KR muß sinnvolle Sanktionsmöglichkeiten erhalten bzw. wahrnehmen,

d. die redaktionelle Arbeit muß umverteilt werden. d.h. es muß mehr Kontinuität von weniger Leuten hergestellt werden,

4. ist die Weiterentwicklung des Radio-100-Programms im Sinne dieser Ziele nach Ansicht der KR ohne weitgehende Kooperation (joint venture) mit anderen Medien, vor allem in der DDR, unmöglich.

- Konzentration des Tagesprogramms auf aktuelle Informationen und Service: radikal weg mit allen anderen Programmbestandteilen, bis Kapazitäten da sind, diese umzusetzen,
- Konzentration auf die naheliegenden Informationsquellen: Tickermaterial, gut aufgearbeitet ersetzt manchen überflüssigen aber arbeitsintensiven "gebauten Beitrag";
- Konzentration arbeitsintensiver Sendeformen auf die wirklich wichtigen "Tagesthemen",
- die wichtigen Themen werden im Laufe der verschiedenen Sendungen mehrfach wiederaufgenommen, d.h. in aktualisierter Form wiederholt, dafür fliegen alle Wortanteilsteigerungstexte raus.
- Gesamtprogramm muß täglich als redaktionelle Gesamtleistung organisiert werden,
- Konzentration der Gesamt-KR auf Programmentwicklung, Delegation organisatorischer Fragen auf die einzelnen Mitglieder nach Ressortverteilung (Technik, Musik, Post, Mitarbeiter, redaktionelle Kooperationen mit anderen Medien, Korrespondenten, Verteilung Knete, Veranstaltungen, Werbung, Service, etc.), somit klare namentliche Zuständigkeiten, vorläufige Entscheidungskompetenz dieser Personen, vgl. SED-Politbüro,
- Konzentration des Informations- und Termin/Posteingangs für die Redaktionen auf einen Schreibtisch/bzw. ein Telefon: Redaktionssekretariat. Das totale Nebeneinander muß sofort aufhören.
- Konzentration aller wesentlichen redaktionellen Tagesentscheidungen auf einen Termin.
Das Gleiche gilt für die Vorentscheidungen für den nächsten Sendetag (zweiter tägl. Redaktionstermin).
- Konzentration der Programmbeobachtung auf eine Person, die täglich auf den Redaktionssitzungen kurz die laufenden Mängel anspricht.
- zentrale Sortierung und Verteilung der Meldungen aus dem Nachrichtenticker,
- KoordinatorIn wacht hauptamtlich auf die Umsetzung der Beschlüsse der Redaktionskonferenzen und führt Protokoll, koordiniert Programmänderungen, verantwortlich für die Umsetzung von Programm- und Organisationsreform, wahrscheinlich (aus Kostengründen) in Personalunion mit RedaktionssekretärIn, nur sehr langfristige Rotation des Amtes sinnvoll, siehe unter VI,

1. Radio 100 muß mit Hilfe dieser "Konzentration" dazu kommen, wenn es Erstmedium sein will, bessere, umfassendere, und besser recherchierte Informationen als andere anzubieten, und zwar zu allen wichtigen tagespolitischen Ereignissen.

Die Namen der einzelnen Sendungen im Tagesprogramm ist demnach alles, was vom bisherigen Sendeinhalt übrig bleiben darf. REDUKTION DES WORTANTEILS IM GESAMT-PROGRAMM UM CA. 30 % !!! ... FORTSETZUNG IM ORDNER

ZU DER GEPLATZTEN KIRCHENAKTION AM 19.1.90 in der jva tegel (siehe INTERIM Nr: 88)

05.02.90

Betr: 'Geplatzte Kirchenaktion am 19.1.90 in der JVA Tegel'
Rückschau mit Hintergrundreflexionen / Autonome Selbsthilfegruppe = (Auton.Interessenvertretung

Rückblickend schätzt die Autonome Interessenvertretung die 'geplatzte' Sitzdemo in der Kirche der JVA Tegel - am 19.1.90 - inzwischen nicht mehr als "nur katastrophal" ein,

weil die daraus erfolgten Auseinandersetzungen -drinnen wie draußen - für alle Betroffenen und UnterstützerInnen unter'm Strich neue Lernprozesse gefördert haben,was hoffentlich dazu beiträgt, daß künftig ähnliche ' Fehler ' bereits im Vorfeld 'behoben' werden können.

Dazu noch einige Gedanken:

Von den ca. 1000 Tegeler Gefangenen waren am 19.1.90 immerhin ca. 10 bis 15 % unter den Teilnehmern der Kirchenveranstaltung .

Für den ursprünglich geplanten 'Sitzstreik' waren seit Dez.89 von der Autonomen Interessenvertretung der JVA Tegel mehrere hundert Flugblätter innerhalb der JVA Tegel verteilt worden.Auch befanden sich verschiedene Flugblätter an den sog. "schwarzen Brettern" der verschiedenen Stationen und Häuser der JVA Tegel.

Wie wir wissen,wollte die hiesige Anstaltsleitung und der kath.Pater Vincent bereits im Vorfeld die geplante Streikaktion in der Kirche unterbinden.
Zudem wurde bekannt,daß es 'Sondersitzungen' zwischen den Teilanstatsleitungen und den ev. Pfarrern gegeben haben sollen,die von der Gesamtanstaltsleitung angeregt wurden.

Im übrigen wurde auch die Senatsverwaltung für Justiz von der geplanten Streikaktion informiert.

Bei den o.g. Sitzungen sollte anfänglich geplant worden sein,daß die gesamte Kirchenveranstaltung am 19.1. ausfallen sollte,was jedoch an den Einwänden der ev. Pfarrer scheiterte,weil befürchtet wurde,daß dann jeder normale Gottesdienst dazu genutzt werden könnte,die Kirche zu besetzen, um dann ebend zu einem anderen Zeitpunkt dort zu streiken.

Als sich abzeichnete,daß die Kirchenversammlung am 19.1. doch stattfinden sollte,sollen zwischen der Anstaltsleitung und der Senatsverwaltung für Justiz noch irgendwelche Verhandlungen gelaufen sein.

Am 14.1.90 - gegen 17.30 - fand dann erstmalig (bzw. einmalig) ein Gespräch mit einigen Vertretern der Autonomen Interessenvertretung u.der Gesamtinsassenvertretung- im Haus 6 - statt.
Dabei sollen heftige verbale Auseinandersetzungen geführt worden sein, wobei die Insassenvertretungen versuchten,die Autonomen Interessenvertreter zu belabern,daß die Kirche kein Ort für ein Streik wäre usw..
Bei diesen Gesprächen brachte der Insassenvertreter Grundmann ein,daß bereits in der kommenden Woche einige Vergünstigungen bzw.Verbesserungen der Haftbedingungen 'in kraft treten sollten'.

(Die Radiogrößen sollten erweitert werden-von 100Ql auf 120Ql - und Steckdosen in den Teilanstalten II u. III bis 1991 angebracht werden. Ferner,daß alle 14 Tage -freitags- eine neue Spätsprächstunde eingeführt werden sollte - und derartiges Schnickschnack-,was nach jahrelangen Kämpfen sehr spärliche-aber immerhin'-Verbesserungen wären)

Wenn die Gefangenen die Interim-Nr.87 Ausgabe und den Artikel: "ZUR AUSGEFALLENEN KNASTKUNDGEBUNG 'AM 19.1.90 - VOR DEM TEGELER KNAST"

gelesen hätten, hätte das sicherlich allgemeine Zustimmung gefunden, z.B.:

> ..." wenn man immer wieder die Gefangenen daran erinnern muß, wie es dem Senat und der Anstaltsleitung immer wieder gelingt 'Widerstand' schon im Vorfeld zu brechen!
> Die Methode ist immer die selbe, da werden ein-, zwei vage Versprechungen gemacht, wenn der Senat u. Anstaltsleitung größere Schwierigkeiten ~~machen~~ befürchten, und promt wird die gesamte Aktion abgeblasen".

Das war wohl auch diesmal wieder der Fall. Und wir erinnern uns, daß bereits ein geplanter Arbeitsstreik am 6.12.89 - mit Unterstützung der Gesamtinsassenvertretung 'gebrochen' wurde, indem diese GIV's die Gefangenen von der Teilnahme abrieten.

Dies war auch bei der geplanten Kirchenaktion der Fall, wo quasi noch kurz vor Beginn der Kirchenveranstaltung durch die Knastlautsprecher die Durchsage gemacht wurde, daß es sich bei der Kirchenveranstaltung nur um eine Abendmesse handelt, ohne Streik etc..

Was sonst noch an Agitation lief, können wir nur vermuten. Jedenfalls hieß es in ~~XXX~~ Tegel plötzlich, daß keine Sitzdemo o.ä. stattfinden sollte, was auf eine Vereinbarung zwischen der GIV und AIV zurückzuführen sei.

(Wer, wie oder was diese 'VEREINBARUNG' getroffen haben soll, ließ sich bis dato nicht definitiv feststellen.)

Leider konnten auch die Unterstützer/innen draußen nicht mehr rechtzeitig von uns informiert werden - bzw. den Schuh müssen wir uns selbst anziehen, wurden nicht über die veränderte Sachlage informiert.

So riefen die Leute von draußen also beim ev. Pfarrer der JVA Tegel an - und erfuhren von ihm, daß die Streikaktion nicht stattfinden würde.

Wir bedauern es sehr, daß ihr Euch draußen so viel Mühe gemacht habt und plötzlich alles abblasen mußtet. Letzteres ist für uns nachvollziehbar, denn es sollte ja eine Solidaritätsdemo für die Sitzstreikenden drinnen sein..!!!

Wir denken, daß wir alle aus dieser Geschichte nochmal etwas Lernen können, drinnen und draußen, und irgendwie sind wir hier drinnen im Begriff, das nun auch wirklich mal zu schnallen.

Wunden können heilen, aber sie hinterlassen Narben, und die sollen uns an die 'Fehler' der Vergangenheit erinnern...

Das größte 'Problem' hier im Knast ist, daß es wirklich schwer ist, soetwas wie EINIGKEIT unter den Gefangenen zu erreichen. Doch gerade in diesem Sinne denken wir, können wir uns nur verbessern!!!!!

Mit diesem Schreiben wollen wir nicht auf weitere Einzelheiten zur Kirchenversammlung eingehen. Eine objektive Schilderung dieser Veranstaltung steht bereits in einem 'Gedächtnisprotokoll'.

Wir haben uns die berechtigte Kritik von unseren externen und internen Kritikern reingezogen - und wollen vor allem alle Leute draußen mit diesem Schreiben erreichen, die bereit gewesen wären, draußen eine SOLIDARITÄTSDEMO für und mit uns zu veranstalten.

Wir hätten drinnen in der beheizten Kirche gesessen, ihr hättet Euch draußen die Zehen angefroren.

Ein Positives hat das ganze. Ihr habt Euch nicht erkältet!!!

Damit es so bleibt, schicken wir Euch ganz viel Wärme durch die Mauern und wünschen uns fürs nächste Mal - für uns alle - gute Power..!!!!

Autonome Interessenvertretung der JVA Tegel

FREIHEIT FÜR MARCO!

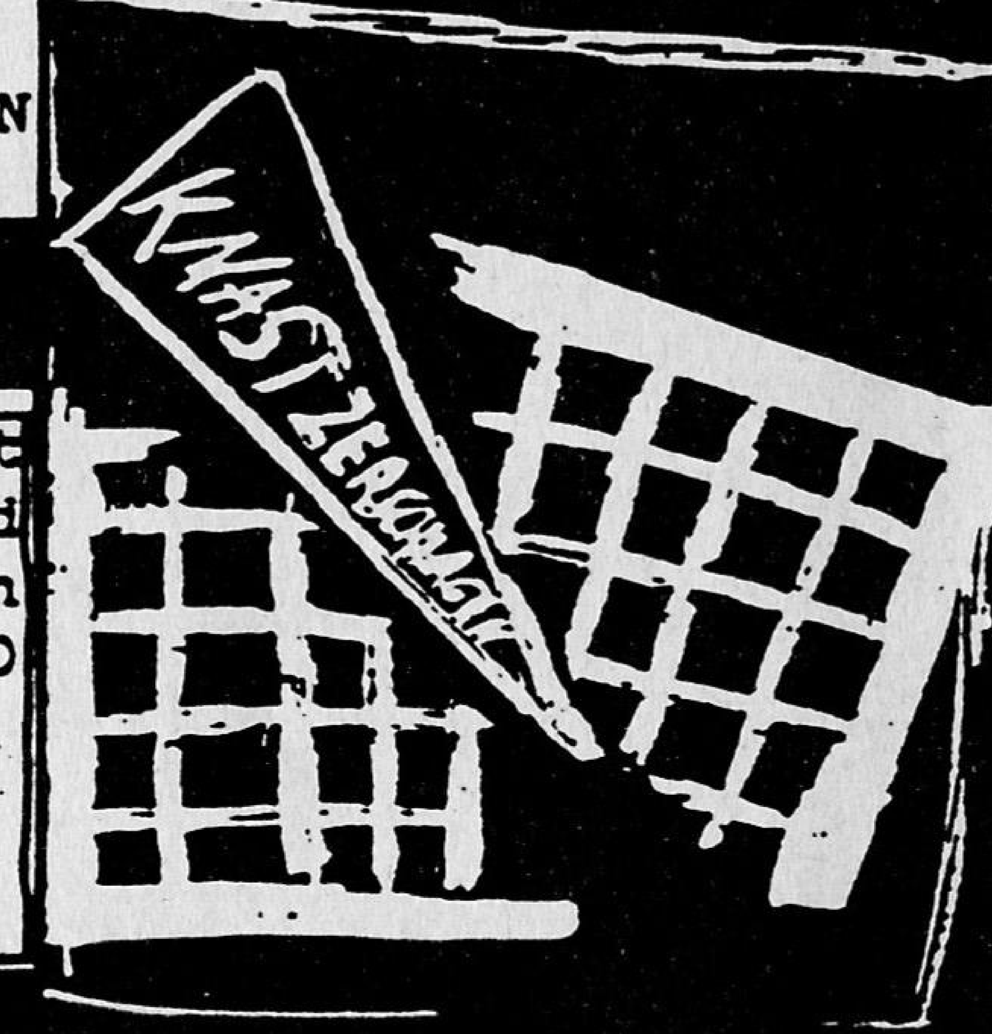
Samstag,2.9.89.Hertha spielt gegen Schalke.Nach dem Spiel marschieren rechtsradikale Schlägertrupps durch die Innenstadt.Faschos und Zivis greifen auf dem Breitscheidplatz eine Gruppe von AntifaschistInnen an,ein Bulle wird schwer verletzt.Die Bullen greifen sich Marco raus.Nach 5 Monaten U-Haft und 10 Verhandlungstagen hat die Schweinejustiz ihn am 31.1.zu 2½ Jahren ohne Bewährung verurteilt.Mit 30000DM Schmerzensgeld schiebt Richter FALKENBERG dem Bullen BERLIN 10000DM mehr rüber,als Nebenkläger Dr.KLUGE gefordert hat. Wichtig an dem Prozeß ist,daß es einen Bullen getroffen hat.Pätzold hat am Tag nach Marcos Festnahme in einem Fernsehinterview seine"exemplarische Bestrafung"gefordert,das Video wurde als Beweis der Anklage mehrmals vorgeführt.Nachdem klar war,daß der Beschuldigte kein Hertha-Frosch war,sondern aus dem linken Spektrum kommt,hat Hertha-Fan und P-Staatsanwalt JUST das aufgegriffen und einen politischen Prozeß gegen die"kreuzberger Punker"konstruiert.

Marco wurde stundenlangen Verhören durch den Staatsschutz unterzogen,bei denen er über sein Umfeld aussagen sollte.Im Prozeß wurde seine Zugehörigkeit zur"kreuzberger Szene"zum Hauptanklagepunkt.Diese"krawallerprobten, beduinenhaft Vermummten"wissen,nach JUSTs Meinung,"wie ein Zivi aussieht" auch wenns dunkel ist.Die"kennen keine Reue"und müssen"abgeschreckt" werden.Während sich die Bullenzeugen widersprachen oder nicht erinnern konnten,machte JUST die Gesinnung der Verteidigungszeugen zum Verhandlungsgegenstand und kramte in der Mittagspause im Fahndungscomputer,um die SchöffInnen mit erlogenen Behauptungen zu beeinflussen.Sogar die ProzeßbesucherInnen wurden zum Gegenstand politischer Hetze gegen Marco gemacht. JUST forderte ein politisches Urteil: 3 Jahre wg schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch und Widerstand.

In der Urteilsbegründung hat der Richter sich über die politische Anklageführung ebenso hinweggesetzt wie darüber,daß am 2.9.Bullen und Faschos gemeinsam die AntifaschistInnen angriffen.
Dann hat FALKENBERG ein Gesinnungsurteil gefällt:entsetzliche 2½ Jahre wg gefährlicher Körperverletzung. Marco muß doppelt büßen:erstmal,weil er einen Bullen verletzt haben soll-für sie ein direkter Angriff auf ihr Schweinesystem.Außerdem ist die hohe Haftstrafe ihr Werkzeug,um daß staatliche Gewaltmonopol durchzusetzen. An Marco wird Pätzolds"Exempel"statuiert.Sie scheißen auf sein Leben und vergraben ihn jahrelang im Knast, weil sie wollen,daß die Straße den Bullen und den Faschos gehört.
Marco hat das durchschaut.Er hatte klar,daß er der psychischen Folter,dem Terror und den Demütigungen der Schließer deshalb besonders ausgesetzt war,weil alle von seiner"Tat" wußten.Über seine U-Haft schreibt er: "Der Knast komprimiert den Charakter des Systems,sein Kalkül ist die Zerstörung und Demütigung der individuellen Persönlichkeit."
Wir haben uns 10 Prozeßtage lang von der schleimigen Verhandlungsführung durch Richter FALKENBERG täuschen lassen.Als der dann Marco zu 2½ Jahren verurteilt hat,konnte vor lähmenden Entsetzen keine/r ein Wort herausbekommen.Da war erstmal nur der Gedanke, daß jede/r von uns an Marcos Stelle sein könnte und er jetzt FÜR UNS im Knast sitzt.Erst danach kam die Wut, daß wir es zugelassen haben,daß die ganz ungestört jemand von uns wegen seiner Gesinnung für Jahre einsperren. Uns muß klar werden,daß jedem Prozeß gegen Linke ein politisches Urteil folgt und daß wir von Anfang an verhindern müssen,daß sie ihre Schweineverfahren ungestört abwickeln können.

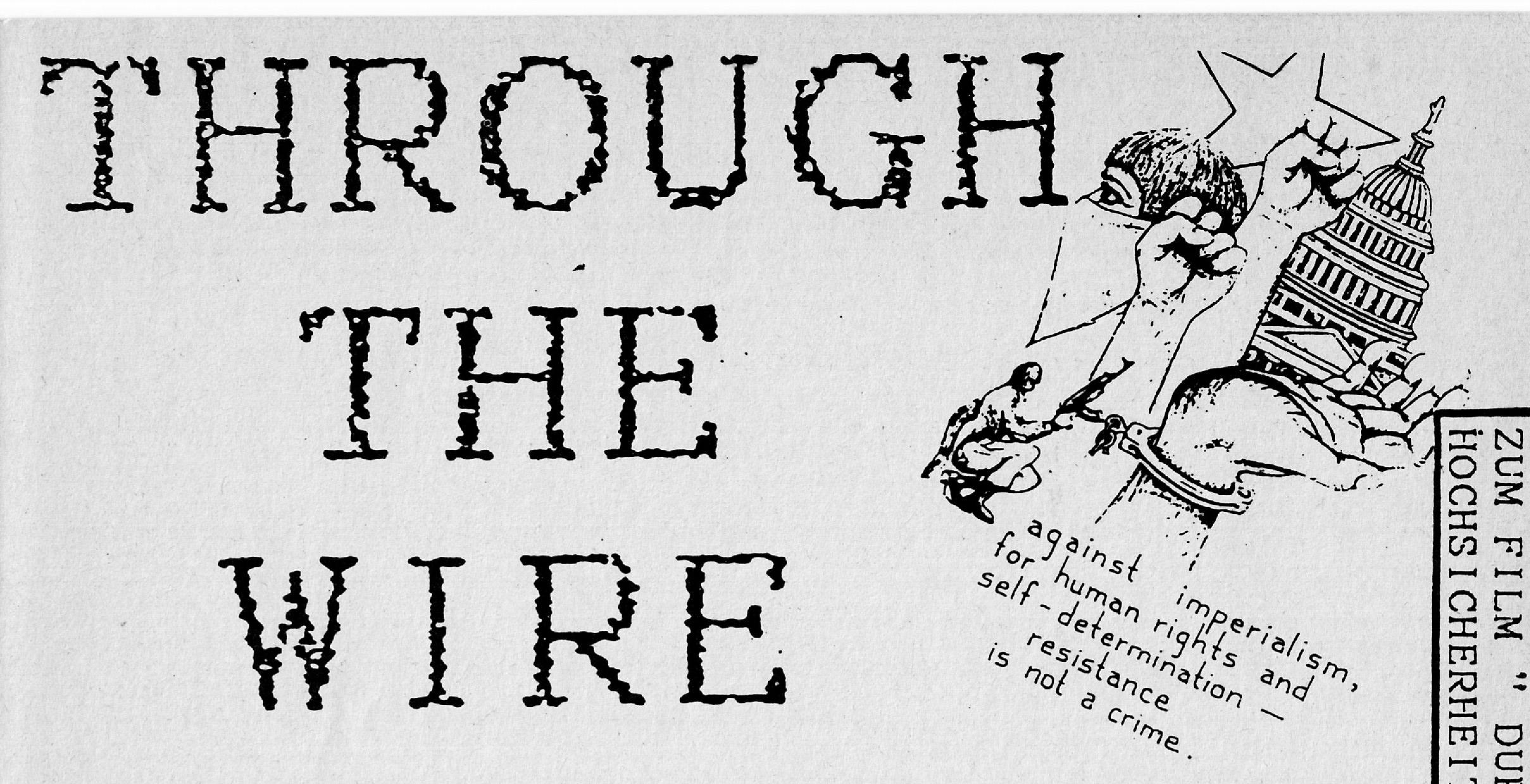
Das bedeutet:

- KEINE AUSSAGE BEI BULLEN UND STAATSANWALT
- KEIN TRATSCH
- PROZESSE STÖREN
- ÖFFENTLICHKEIT SCHAFFEN
- ISOLATION DURCHBRECHEN



Marco geht in die Revision.das bedeutet,daß er weiterhin in U-Haft sitzt,Besuch nur mit Schließer alle 15 Tage.Der lange Prozeß und die Revision sind extrem teuer.Wir haben deshalb ein Konto für ihn eingerichtet:-MARCO- P.Trechow,KNr 710 199 198 Spark.Berlin 10050000

SCHREIBT MARCO! M.Hänsel,BuchNr 3679/89,JVA Moabit,1/21,Alt Moabit 12
Eigengeld:Mit Namen und BuchNr an Zahlstelle der JVA Moabit,1/21, Postgiro Berlin KNr 7277-101.Infos zu Marco im Infocafe Vamos,Marchstr23



ZUM FILM " DURCH DEN STACHEDLDRAHT" (THROUGH THE WIRE) ÜBER DEN HOCHSICHERHEITSTRAKT IM FRAUENKNAST VON LEXINGTON (USA)

DIE SITUATION VON POLITISCHEN GEFANGENEN IN DEN USA

In den USA sind z.Zt. über 700.000 vor allem schwarze Frauen und Männer in den Knästen. 2.200 von ihnen sind zum Tode verurteilt und kämpfen oft schon jahrelang gegen ihre Hinrichtung. Von den ca. 200 politischen Gefangenen in den USA - sie kommen aus den schwarzen Widerstandsbewegungen (Black Panther, Black Liberation Army, Republic of New Africa, MOVE), der puertoricanischen Unabhängigkeitsbewegung (Los Macheteros, FALN - Fuerzas Armadas de Liberacion National), der indianischen Widerstandsbewegung (American Indian Movement), dem weißen anti-imperialistischen Widerstand und dem Spektrum der militanten PazifistInnen (Plowshares Movement) - ist z.Zt. der schwarze Journalist Mumia Abu-Jamal von der Hinrichtung bedroht.

Alle der politischen Gefangenen in den USA sind zu Knaststrafen von 20 Jahren an aufwärts verurteilt - wegen ihrer politischen Überzeugungen und der Durchsetzung radikaler politischer Inhalte gegen den US-Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus.
Einige der Gefangenen, insbesondere Black Panther AktivistInnen, sind schon seit Beginn der 70-er Jahre in den Knästen.

Die Haftbedingungen für politische Gefangene in den USA - sowie für eine immer größer werdende Zahl sozialer Gefangener - unterscheiden sich kaum von denen der Gefangenen aus RAF und Widerstand in der BRD und anderer politischer Gefangener in West-Europa. Isolationsfolter, keine Kontaktbesuche, Postzensur, katastrophale medizinische Versorgung und offene physische Folter - bei Frauen insbesondere durch sexuelle Mißhandlungen von männlichen Schließern - gehören zum Knastalltag in den USA.

DER HOCHSICHERHEITSTRAKT FÜR FRAUEN IN LEXINGTON IST KEINE AUSNAHME GEWESEN:

Im Hochsicherheitstrakt vom Lexington-Knast waren drei politische Gefangene - Alejandrina Torres (puertoricanische Kriegsgefangene), Silvia Baraldini und Susan Rosenberg (weiße Anti-ImperialistInnen) - zusammen mit zwei sozialen Gefangenen für 20 Monate als Kleingruppe total isoliert. Nach einer breiten öffentlichen Mobilisierung durch die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung, weiße anti-imperialistische Gruppen, Bürgerrechtsorganisationen, Kirchen und amnesty international wurde der Hochsicherheitstrakt in Lexington aufgrund einer gerichtlichen Anordnung im Sommer 1988 geschlossen.
Die US-Regierung legte gegen das Urteil Berufung ein , und im Herbst 1989 legte ein US-Bundesgericht fest, daß " politische Gefangene solange in Isolationshaft und Sonderhaftbedingung bleiben können, bis sie sich von ihren politischen Überzeugungen und Zusammenhängen lossagen". Dieses Urteil führte dazu, daß einige politische Gefangene, die bis dahin nicht total isoliert waren, sofort in Hochsicherheitstrakte verlegt wurden.

Der Hochsicherheitstrakt in Lexington bleibt zwar geschlossen, aber in Florida wurde inzwischen der Marianna- Frauenknast fertiggestellt, in dem es einen Isolationstrakt für 100 Frauen gibt. Es wird damit gerechnet, daß im Frühjahr 1990 die ersten politischen Gefangenen nach Marianna verlegt werden.

Während es zu den Haftbedingungen in Lexington immerhin noch eine breite Öffentlichkeitskampagne gab, gibt es kaum Widerstand gegen die Haftbedingungen von männlichen sozialen und politischen Gefangenen. Ein Beispiel hierfür ist der Hochsicherheitsknast für Männer in Marion, Illinois. Seit einem Knastaufstand vor 7 Jahren befinden sich dort alle 350 Gefangenen in Einzelisolation, d.h. täglich 23h Einschluß in den Zellen, kein Hofgang, zwei Stunden Besuchszeit im Monat nur für Familienangehörige und nur mit Trennscheibe, totale Postzensur, sowie - eine "Besonderheit" von Marion - die schleichende Vergiftung der Gefangenen durch PCB-verseuchtes Trinkwasser. Gefangene, die sich gegen den alltäglichen Terror der zumeist weißen Schließer wehren, werden tagelang nackt mit Handschellen an ihr Bett gefesselt und geschlagen. In Marion befinden sich z.Zt. auch mehrere Gefangene aus der puertoricanischen Befreiungsbewegung, den schwarzen Widerstandsbewegungen und dem weißen anti-imperialistischen Widerstand. Sie sind alle vollständig voneinander isoliert. Alle Versuche der Gefangenen, gerichtlich eine Veränderung ihrer Haftbedingungen und das Ende des Einschlusses durchzusetzen, scheiterten bisher.

DIE MOMENTANE SITUATION VON ALEJANDRINA TORRES, SILVIA BARALDINI UND SUSAN ROSENBERG:



Alejandrina Torres



Susan Rosenberg

Alejandrina Torres wurde 1983 wegen "Verschwörung zum Widerstand", d.h. wegen ihres Kampfs für die Unabhängigkeit der US-Kolonie Puerto Rico, zu 35 Jahren Knast verurteilt. Nach der Schließung von Lexington wurde sie in den Frauenknast von

Die Geschichte der Gefängnisse (des Strafvollzugs überhaupt), ist eine Geschichte der Entwicklung und Erforschung baulicher und sozialer Techniken zur Bestrafung, Disziplinierung und Überwachung durch die Staatsautorität.

Dazu entstanden neue Raumaufteilungen, damit eine Kontrolle durch Erfassung, Aufgliederung und Registrierung gewährleistet werden kann; zum einen durch Isolation von anderen Menschen, um unliebsamen Kontakt zu unterbrechen; zum anderen durch Kontrolleinrichtungen, bei denen durch Perfektionierung der architektonischen Mittel die Möglichkeit geschaffen wurde, daß von immer weniger SchließerInnen Macht und Kontrolle über immer mehr Gefangene ausgeübt werden kann.

Der erste Schritt hierfür war die Aufhebung damaliger Gemeinschaftszellen zugunsten einer Raumordnung, die Ordnungsfunktionen und Überwachung bei gleichzeitiger Trennung der Gefangenen voneinander ermöglichte. Aus der ungeordneten Ansammlung von Gefangenen im Gemeinschaftsgefängnis ist eine vom Korridor (Überblicksflur) aus kontrollierbare Organisationseinheit - das Einzelzellengefängnis - geworden.

Diese Haftbedingungen reichen den HERRschenden aber immer noch nicht aus, um das Leben der Gefangenen absolut zu kontrollieren :

Mit der größten Steigerung der Vereinzelung, der Isolationshaft, wird versucht, insbesondere die Identität politischer Gefangener systematisch zu brechen.
Die totale Ordnung des Raumes zwecks Überwachung genügt den HERRschenden nicht: Eingeführt wurde eine rigorose Zeitplanung für einen vollständig überwachten, sich immer wiederholenden Tagesablauf: Auf 23 Stunden Einzelhaft folgt eine Stunde Hofgang - alleine, versteht sich. Gleichzeitig werden Kontakte nach draußen fast unmöglich gemacht - durch Postkontrolle und - zensur, Trennscheibenbesuche, Erfassung und Überwachung der BesucherInnen, Kriminalisierung der Unterstützung von politischen Gefangenen. Es kann keine Kommunikation stattfinden, außer mit den WächterInnen der Macht.

von Pleasanton in Kalifornien verlegt, wo sie weiterhin isoliert ist. Alejandrina ist schwer herzkrank und benötigt dringend unabhängige medizinische Versorgung. Die puertoricanische Unabhängigkeitsbewegung hat eine Kampagne begonnen, um ihre Freilassung durchzusetzen.



Silvia Baraldini

Silvia Baraldini wurde 1982 zu 42 Jahren Knast wegen " Unterstützung zur Gefangenenbefreiung" verurteilt. Sie war seit der Anti-Vietnamkriegsbewegung in anti-imperialistischen Zusammenhängen aktiv und hat zusammen mit den schwarzen Widerstandsbewegungen gegen Rassismus und Unterdrückung in den USA gekämpft. Sie wurde nach der Schließung von Lexington in das Metropolitan Correctional Center in New York City verlegt. Sie kämpft zur Zeit um ihre Auslieferung nach Italien, wo es eine breite Unterstützungskampagne für sie gibt.

Susan Rosenberg wurde 1982 zu 58 Jahren Knast wegen " illegalen Waffenbesitzes, Verwendung von falschen Ausweispapieren und Aufbau einer illegalen Organisation" verurteilt. Susan wurde im Herbst 1988 nach Washington DC verlegt, wo sie seitdem mit 5 anderen Gefangenen aus dem weißen anti-imperialistischen Widerstand - Linda Evans, Laura Whitehorn, Marilyn Buck, Alan Berkman und Tim Blunk - auf einen weiteren Prozeß wartet.

Zwischen 1982 und 1985 hatten mehrere illegal kämpfende Gruppen bewaffnete Propagandaaktionen gegen die US-Intervention in Mittelamerika und im Südlichen Afrika, die US-Invasion in Grenada sowie den wachsenden Rassismus und die Unterdrückung in den USA durchgeführt.

Susan und die fünf anderen GenossInnen in Washington DC wird u.a. vorgeworfen, an mehrern Anschlägen auf Regierungs- und Militäreinrichtungen - u.a. das Capitol-Gebäude nach der Invasion in Grenada - beteiligt gewesen zu sein. Der sog. "Resistance Conspirac Case" (Verschwörung zum Widerstand) wird wahrscheinlich im April dieses Jahres in Washington DC beginnen. Alle 6 Gefangenen in dem Prozeß sind schon wegen ähnlicher Anklagepunkte zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. UnterstützerInnengruppen fordern jetzt die sofortige Einstellung des Verfahrens in Washington DC.

In Zürich ist eine Broschüre zu den spanischen Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) erschienen. Sie besteht aus Hintergrundinformationen zu diesen Organisationen, den Haftbedingungen der politischen Gefangenen und den aktuellen Hungerstreikerklärungen. Sie hat den Titel 'Internationale Solidarität - Hungerstreik', hat 22 Seiten und ist zu beziehen über: Internationale Solidarität, c/o WOZ, Postfach, CH-8042 Zürich. Infos, HS-Erklärungen in der 'taz': 19.1, 22.1, 24.1, 31.1. und in den Angehörigen-Infos Nr. 26 und Nr. 29 -33.



Die sechs Gefangenen im "Resistance Conspimcy Case": Marilyn Buck, Linda Evans, Tim Blunk, Laura Whitehorn, Susan Rosenberg und Alan Berkman (von links nach rechts).

Die meisten pol. Gefangenen und ihre UnterstützerInnen aus den verschiedenen Bewegungen in den USA sind in der Kampagne "Freedom now"! (Freiheit Jetzt!) organisiert. VertreterInnen von Freedom now! befinden sich z.Zt. in West-Europa und werden vorraussichtlich am 14.2. eine öffentliche Veranstaltung in West-Berlin machen.
Die Gefangenen freuen sich über Post aus der BRD:
Alejandrina Torres,FCI Pleasanton,5701 Sth. St.,Camp Parks,Dublin,CA 94568,USA
Silvia Baraldini, 05125-054,MCC,150 ParkRow,NY,NY 10007
Susan Rosenberg,233-412,D.C.Detention Facility,1901 D St. SE,Washington DC 20003

KONZERTHAUS – WIR BLEIBEN DRIN!

Überraschend und schnell werde alles vor sich gehen, deuteten SPD'lerInnen aus der Ratsfraktion am Samstagnachmittag (6.1.1990) in der Weststadt an. Gemeint war damit die Räumung des Konzerthauses. Nur auf eine Einwilligung der CDU-Landesregierung werde noch gewartet. Dann aber werde sofort gehandelt, ohne Rücksicht auf die bestehenden Mietverträge der BewohnerInnen. Wir haben davon von mehreren Seiten erfahren und begonnen, uns auf die drohende Räumung vorzubereiten.

Räumungen von Wohnprojekten und antifaschistischen Zentren nach dem Polizeirecht wurden von den Herrschenden in den letzten Monaten öfter diskutiert. In dieser Tendenz werden wir, wird unser Bedürfnis nach Wohnraum genauso wie die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung, die unser politischer Ansatz ausdrückt, kurzerhand zum polizeilichen Problem erklärt, das ganz einfach durch Bulleneinsätze gelöst werden soll. Die "juristische" Legitimation dazu sollen die Bestimmungen des Polizeirechts bieten, nach denen Wohnungen durchsucht bzw. sogar geräumt werden können, wenn dies zur "Sicherung der öffentlichen Ordnung" notwendig ist. Nun ist diese "öffentliche Ordnung" ein recht dehnbarer Begriff. Der ganze Trickreichtum dieses Vorgehens liegt aber darin, mit einem heftigen Bullenangriff Fakten zu schaffen, sprich die Wohnungen unbewohnbar zu machen. Dazu muß die Wohnung nicht einmal offiziell geräumt werden, es gibt einige Beispiele dafür, daß auch mit Hausdurchsuchungen Wohnungen bis zur Unbewohnbarkeit verwüstet werden können.

Zwar ist für solche Räumungen formal gesehen die Bezirksregierung bzw. der Polizeipräsident zuständig, wenn aber auch aus den Reihen der SPD Propaganda für einen solchen Überfall betrieben wird, dann überrascht uns das nicht. Schließlich versucht die Stadtverwaltung, die von der SPD getragen wird, seit Mitte 1988 das Konzerthaus zu räumen, kommt aber mit ihrem eigenen Vorgehen nur recht langsam voran.

Obwohl wir also davon ausgehen mußten, daß eine Räumung für die nächsten Tage beabsichtigt ist, haben wir am Wochenende noch angefangen, ihre Absichten öffentlich zu machen und Vorbereitungen zu treffen, damit die Bullen das Konzerthaus nicht einfach stürmen können. Mit den praktischen Maßnahmen ist es darum gegangen, jeden Räumungsversuch der Bullen in die Länge zu ziehen, um dadurch ihre Planungen zu durchkreuzen, die auf das schnelle Schaffen von Fakten angelegt waren. Mit Flugblättern und einer Pressekonferenz am Montagvormittag (8.1.1990) haben wir zugleich aufgezeigt, wie hohl ihre Legitimationsversuche sind. Das hat dazu geführt, daß mit dem Wegfallen des Überraschungseffektes die Räumungsversuche bis heute ausgeblieben sind. Außerdem haben sowohl die Bezirksregierung als auch der Oberstadtdirektor erklärt, daß sie mit solchen Überlegungen nichts zu tun hätten. Recht auffallend ist auch, daß nach diesem Wochenende die Hetze der Braunschweiger Zeitung (BZ) gegen das Konzerthaus nachgelassen hat, nachdem sie eine Woche lang für die Herrschenden die Stimmung gemacht hat, die diese zur Räumung des Konzerthauses glauben, nötig zu haben.

Legendenbildung der Braunschweiger Zeitung

Seit Bestehen des Konzerthauses als selbstverwalteter Wohnraum und politisches Zentrum, nutzt die BZ ihre Monopolstellung auf dem Zeitungsmarkt in Braunschweig und Umgebung dazu, unverhohlen gegen die Bewohner- und NutzerInnen des Konzerthauses zu hetzen. Die "Geschichtsschreibung" dieses Blattes besteht aus Verschweigen oder Verdrehen von Fakten, und wenn das nicht reicht, werden welche erdacht, um reißerische Horrorstories zu konstruieren. Totgeschwiegen wird die Politik des Konzerthauses zur Wohnungsnot in Braunschweig genauso wie beispielsweise Aktionen zum antifaschistischen Kampf. Totgeschwiegen werden aber auch Aktionen zur Unterstützung des Konzerthauses, die verdeutlichen, daß über die BewohnerInnen hinaus viele Leute Interesse am Erhalt des Konzerthauses in seiner jetzigen Funktion haben. Ein Beispiel aus jüngster Zeit ist das unfreiwillige Reklamefahren von Bussen der Verkehrs-AG in Braunschweig mit Aufschriften wie "Konzerthaus bleibt!". Wenig ausgeschlachtet im Vergleich zur Sylvesternacht wurde der Anschlag auf das Auto des Oberbürgermeisters, der BZ wohl politisch zu brisant. Wenn überhaupt Unterstützungsaktionen in der BZ erscheinen, ist eines für die Schreiberlinge völlig klar – das waren die BewohnerInnen – wer auch sonst sollte für so ein Haus eintreten!?

Bei dem Versuch, die Auseinandersetzung um das Konzerthaus zu entpolitisieren, ist der BZ keine Ebene zu niedrig. So geht laut BZ vom Konzerthaus keine Politik gegen Faschisten und Wohnraumspekulanten aus, nein – mordlüsternes Gesindel verbreitet Terror gegen die Nachbarschaft. Kriegsschauplatz Böcklerstraße. Zustände wie im Libanon. In der Hoffnung, in der Leserschaft wird schon irgendetwas hängenbleiben, wird drauflos gehetzt und auf breites Verständnis für sofortige Räumung spekuliert.

Unter anderem, um diesen dreisten Lügen genügend entgegen zu treten, fand im Konzerthaus die bereits erwähnte Pressekonferenz am 8.1.1990 statt, zu der NachbarInnen eingeladen waren und Pressevertreter unter anderem von Radio FFN, der NB und dem NDR erschienen. Inwieweit sie es allerdings wagen, der BZ eine andere Berichterstattung entgegen zu setzen, werden die nächsten Tage zeigen. Deshalb ist es notwendig, daß wir an dieser Stelle noch einmal zum Thema "Nachbarschaft" öffentlich Stellung nehmen, um das BZ-Konstrukt zu widerlegen, das aus der Auseinandersetzung mit hauptsächlich einer Anwohnerin Terror auf die gesamte Nachbarschaft konstruiert. Grundsätzlich war und ist es nie das Interesse der Politik des Konzerthauses, gegen BewohnerInnen des Viertels in irgendeiner Weise vorzugehen. Im Gegenteil wurden immer wieder Versuche unternommen, z.B. durch Verteilen von Flugblättern zur Sanierungspolitik der Stadt Braunschweig im Bahnhofsviertel, die AnwohnerInnen über die aktuelle Politik des Konzerthauses zu informieren und sie mit einzubeziehen. So umfassen denn auch die uns bekannten Reaktionen der AnwohnerInnen das normale Spektrum nachbarschaftlicher Beziehungen. Einigen sind wir egal, andere mögen uns nicht, einige haben Sympathien mit uns (sollen sie doch da wohnen, besser, als wenn das Haus leerstünde), wieder andere haben Interesse an unserer Politik und schauen auch einmal zu den Cafèterminen herein.

Die absolute Ausnahme bildet die Anwohnerin Frau A. vom Haus gegenüber. Die ersten Reaktionen, bevor je jemand von uns sie sah, waren Sorgen um den nun eventuell reduzierten Wert ihres Hauses und Haß. Den setzte Frau A. sofort in die Tat um. Sie tritt vor Gericht als vermeintliche Zeugin gegen BewohnerInnen auf (dort werden selbst dem Richter ihre Ergüsse gegen rote Fluten zuviel), bietet den Bullen ihre Spitzeldienste und ihre Wohnung als zentrale Observierungsstelle an und schreibt unentwegt seitenlange Schmähbriefe an alle, die ihr Ansinnen gegen das Konzerthaus unterstützen könnten. Als Dank für soviel blinden Eifer geht sie inzwischen selbst den Bullen auf die Nerven. Wird dann ein Scheinwerfer für kurze Zeit auf ihr Fenster gerichtet, um der Bullenkamera das Filmen zu verunmöglichen – wähnt sich Frau A. von Terror umgeben. Knallen dann auch noch **ausgerechnet Sylvester** Knaller, ist für Frau A. der Straßenkampf eröffnet, körperliche Bedrohung

nicht mehr fern. Dankbares Gehör fand sie nun bei der BZ. Die eigentlich selbst von uns bemitleideten Visionen von Frau A., die als Reaktion jede Menge verständlichen Hohn und Spott und ein rotes Farbei am Haus erntete, saugte die BZ auf für ein willkommenes Konstrukt, das den Räumungsvorwand nach dem Sicherheits-und-Ordnungs-Gesetz (SOG) liefern sollte.

Wie sehr Frau A. von Haß zerfressen, sich inzwischen vor ihren eigenen Horrorszenarien fürchtet, soll der folgende Auszug aus dem Funkverkehr der Bullen vom Sonntag (7.1.1990) verdeutlichen. Zum besseren Verständnis:

- "Tatherhang": BewohnerInnen des Konzerthauses tragen empfindliche Einrichtungsgegenstände (z.B. Stereoanlagen) aus dem Haus, um sie vor der Zerstörung durch Bullen bei der befürchteten Räumung zu sichern.
- Zeugin: Frau A. schwant Terror – sie ruft sofort die Bullen an.

Ich [Bulle in der Münzstraße] habe gerade mit der Zeugin [Frau A.] ein Telefongespräch geführt, sie teilt mir also mit, daß sie die Befürchtung hat, daß da möglicherweise Sprengmittel ins Haus geschafft werden, da werden angeblich Elektroleitungen in den Fenstern verlegt und die haben also Angst, daß da eventuell irgendetwas in die Luft gehen könnte, womit die Gegenüberliegenden natürlich auch mit berührt sind ... K. [Kripo] hat doch zu dieser Person einen guten Draht, vielleicht wird K. es ermöglicht, daß die von diesem Haus aus da mal Einsicht kriegen ... Ja, also die betreffenden Personen [Frau A.] sind jetzt dabei, ihre Sachen zu packen, weil sie befürchten, daß da was passiert. Die werden wahrscheinlich in Kürze die Wohnung erstmal verlassen, auch die Mieter da drüber ... Von uns könnt ihr hier noch das Nachtglas in Empfang nehmen ... Von der Straße aus ist das so schlecht zu sehen, Uli ... Ja, mein ich auch, die hat von gegenüber bestimmt eine bessere Perspektive, die Frau ... Ja, ist eine Lage für K. ... Ruf' mal durch ...

Daraufhin wimmelt es im ganzen Viertel von Bullen.

Abschließend sei Frau A. versichert, daß wir weder sie noch uns in die Luft sprengen werden, daß körperliche Bedrohung gegen sie ausschließlich in ihrer Phantasie stattfindet und daß wir uns auch Sylvester 1990/91 erlauben werden, mit Knallern zu knallen.

Auf die eigene Kraft vertrauen!

Fast ein ganzes Jahr hatte die Stadtverwaltung versucht, den Widerstand gegen die Räumung des Konzerthauses als belanglose Begleitung eines mietrechtlichen Verfahrens abzutun. Dahinter stand die Berechnung, die Räumung ohne viel Aufsehen über die Bühne bringen zu können. Schließlich konnte die Verwaltung auf unzählige andere Räumungsverfahren verweisen, bei denen auf ähnlichem Wege MieterInnen auf die Straße gesetzt wurden. Erst, als die Verantwortlichen befürchten mußten, nicht in Ruhe gelassen zu werden, begannen sie plötzlich, über den Widerstand zu klagen: nicht einmal an die Gesetze des bürgerlichen Staates werde sich gehalten! Natürlich wissen auch sie, daß uns ihre Gesetze ziemlich gleichgültig sind, wenn wir ohne Wohnungen auf der Straße sitzen, wenn sie versuchen, unsere kulturellen und politischen Treffpunkte zu zerschlagen. Wie könnten wir uns – diese Vorhaben der Stadt vor Augen – auf nichtssagende Petitionen und wohlformulierte Reden, es doch gut mit uns zu meinen, beschränken?

Anstelle des Verschweigens unseres Widerstandes treten jetzt die Versuche, ihn zu beseitigen. Besonders originell gehen die Herrschenden dabei nicht vor. Sie fahren zunächst ihren Bullenapparat auf, der aber bisher zwischen dreisten Provokationen und kopflosem Aktionismus schwankt. Mal fahren sie im Schrittempo provozierend neben BesucherInnen und BewohnerInnen des Konzerthauses her, mal versuchen sie Einsätze auf der Grundlage obskurer Beobachtungen der Denunziantin A.. Weiterhin suchen Stadtverwaltung und Bezirksregierung nach Schleichwegen, auf denen eine juristische Begründung für eine schnelle Räumung konstruiert werden könnte. Auch wenn diese, nachdem ihre Überlegungen ans Licht der Öffentlichkeit gelangt sind, solche Planungen erst einmal dementieren, werden sie weiter nach Wegen für eine schnelle Räumung forschen. Für uns heißt das, daß wir uns besser auf solche Planungen vorbereiten. Das SOG bietet den Bullen genügend Möglichkeiten, einen Vorwand für eine Durchsuchung des Konzerthauses zu schaffen. Uns geht es darum, ihnen einen solchen Versuch so schwer wie möglich zu machen. Damit können wir verhindern, daß sie eine solche Provokation als Blitzaktion durchziehen und – ohne daß sich öffentlich Widerstand entfaltet – sie das Konzerthaus unbewohnbar machen. Deshalb wollen wir das Konzerthaus besser absichern, auch wenn der Bullenapparat das wiederum als Anlaß für Provokationen nehmen könnte. Die Sicherung des Konzerthauses ist aber nicht nur nötig, um eine SOG-Räumung zu verhindern. Schließlich läuft daneben immer noch das mietrechtliche Räumungsverfahren. Auch wenn dieses Verfahren der Verwaltung zu zeitraubend erscheint, dann stellt es dennoch eine Möglichkleit dar, das Konzerthaus letztendlich zu räumen. Und es ist uns gleichgültig, ob wir unter dem Vorwand von Recht und Ordnung auf die Straße gesetzt werden oder ob die Stadt Eigenbedarf vorschiebt. Die eine Begründung ist so hohl wie die andere. Durch eine Räumung würde sicher nicht die Ruhe und Ordnung in Braunschweig gesichert werden. Und wenn die Stadtverwaltung schon Interesse daran hat, der katholischen Caritas ein Altenheim zukommen zu lassen, dann ist selbst den Verantwortlichen klar, daß es dazu besser geeignete Grundstücke in Braunschweig gibt.

Die bisherigen Einschüchterungsversuche des Staatsapparates haben nicht die von diesem angestrebte Wirkung gezeigt. So ist es uns z.B. nach Bekanntwerden der Räumungsdrohung gelungen, das Haus recht schnell zu sichern. Die Erfahrungen der letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß wir nur durch unsere eigene Stärke die Planungen der Herrschenden stören können. Jetzt wollen sie uns zur Ruhe zwingen und drohen mit ihrem Unterdrückungsapparat. Dessen Existenz und Vorgehensweise kennen wir aber zu lange aus eigener Erfahrung, als das dieser uns jetzt verwirren könnte. So gilt es jetzt, den Druck aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

In den nächsten Wochen könnte die Verwaltung auch versuchen, die Namen der BewohnerInnen des Konzerthauses von den Unterzeichnern des Nutzungsvertrages zu erpressen. Schließlich erscheint dieses Vorgehen juristisch durch einen entsprechenden Beschluß des Amtsgerichtes legitimiert. Damit, mit den weiteren Maßnahmen zur Sicherung des Konzerthauses und mit Möglichkeiten einer politischen Mobilisierung gegen den Räumungsdruck setzt sich das Unterstützungstreffen auseinander, das als regelmäßiges Koordinierungstreffen stattfindet. Daneben finden an mehreren Abenden Cafétermine von einzelnen NutzerInnengruppen statt.

Veranstaltung zum Konzerthaus am 21.2.
im Falckeladen/Falckensteinstr. 46

3.3. Demo zum Konzerthaus in Braunschweig

WARUM WIRD DIE PRAKTISCHE SOLIDARITÄTSARBEIT MIT DEM PALESTINENSISCHEN BEFREIUNGSKAMPF VERNACHLÄSSIGT?

wahrscheinlich wohl, da die intifada nicht zu einem thema für die gesamte linke szene in west-berlin wird. objektiv betrachtet sind die gründe dafür etwas schwach. manche schrecken sich davor, den palästinenserInnen hilfe zu leisten und die rassistische unterdrückungs- und vertreibungspolitik zu kritisieren und zu bekämpfen.
ein grund dafür ist, daß sie dann den vorwurf des antisemitismus ernten. dafür sorgen die herrschenden in israel und die herrschenden auch hier in der brd. damit möchten diese sich die kritik gegen ihre politik verbieten, auch eine solidarisierung mit den von ihnen unterdrückten palästinenserInnen verhindern. dieses gelingt ihnen noch viel zu gut.
der befreiungskampf des palästinensischen volkes gegen seine unterdrückung durch die rassistische, kolonialistische und militärische besatzungspolitik der herrschenden im heutigen israel ist ein teil der internationalen kämpfe gegen ausbeutung und unterdrückung der völker überall in der welt.
damit ist auch das israelische volk aufgefordert, gegen die agressiven, nationalistischen strömungen innerhalb der bevölkerung vorzugehen und die israelische regierung dazu zu zwingen, die rechte und forderungen des palästinensischen volkes zu garantieren.

wir wissen alle, daß in den besetzten gebieten von palästina ein volksaufstand läuft. wir sind gut informiert, so wie wir es z.b. sind über die befreiungskämpfe in mittelamerika.
die intifada dauert jetzt schon seit über 2 jahren an. das heißt also: wöchentliche generalstreiks, tägliche geschäftsschließungen um 12 uhr, demonstrationen und straßenblockaden. es heißt aber auch:
knapp ein tausend tote, ausgangssperren, haussprengungen, zerstörung von landwirtschaftlichen anlagen (über 100.000 obst-/olivenbäume), beschlagnahmung von produktionsmitteln, lagerbeständen und geschäfts- und betriebsschließungen.
die israelische regierung, der alltag in israel, hat sich zum teil auf die intifada eingestellt.
politische und materielle bedingungen erschweren die notwendige steigerung der intifada, den aufbau autonomer strukturen.
international hat sich die situation auch verschärft. durch die veränderung in den ehemaligen "ostblockstaaten" verlieren befreiungsbewegungen wichtige materielle und politische unterstützung. zugleich hat sich die position israels verbessert. durch die ausreiseerleichterungen in der su, die einwanderungserschwernisse für sowjetische jüdInnen in die usa, gelingt es der israelischen regierung mit großen materiellen vergünstigungen, -zig tausende menschen in ihren siedlerstaat zu locken. die wiederaufnahme von diplomatischen beziehungen zwischen israel und den rgw-staaten stärkt die zionisten ideologisch und materiell. mit der sog. wiedergutmachungsforderung an die ddr erhofft sich israel milliarden für seine pläne.
das zeigt mehr denn je, es kommt auf internationale solidarität an.
die intifada braucht greifbare unterstützung.

die organisation des vertriebes palästinensischer produkte, z.b. oliven, orangen, und handwerklicher produkte, wäre ein teil dieser arbeit.
es kann nicht weitergehen, daß palästinenserInnen dazu gezwungen werden, für israelische gewinne zu produzieren.
ein boykott israelischer exporte gehört also dazu !!!
hilfe muß geleistet werden beim aufbau eigenständiger palästinensischer kooperativen.

viele palästinenserInnen werden willkürlich verhaftet, ohne gerichtsverfahren für monate interniert. diese leute lassen hinter sich familien, die ohne einkommen sich weiter durch das bereits erschwerte leben schlagen müssen. patenschaften für solche familien müssen vermittelt werden.
es kostet nicht viel geld, eine familie so zu unterstützen.

ein paar leute haben damit angefangen, ein offenes palästina-büro für alle gruppen und interessierte aufzubauen. mit der einrichtung eines büros hoffen wir etwas schwung in die solidaritätsarbeit zu bringen. es soll nicht nur informiert werden, sondern konkrete arbeit hier unterstützt und geleistet werden.
auch dieser befreiungskampf hat nur eine chance, wenn die politik der herrschenden von dort wie hier aufgezeigt und angegriffen wird.
...veranstaltungen,demonstrationen, wandmalereien,...
wir hoffen, daß das büro eine lebendige anlauf- und koordinationsstelle wird.
das plenum montags 19 uhr ist für alle interessierten offen.

ein bisheriger schwerpunkt für einige von uns, ist die überlegung, eine arbeitsbrigade in die besetzten gebiete zu organisieren. es existiert die vorstellung von einem internationalen solidaritätshaus in einem palästinensischen dorf in der westbank. das haus sollte eine ärztepraxis und ausbildungswerkstatt umfassen. die idee eines gemeinsamen projektes ist bei besuchen mit den dort lebenden palästinenserInnen entstanden.

am 17.2. wollen wir ein vorbereitungstreffen zum hamburger kongreß einberufen. das treffen hat zum ziel, eine kooperation unter den berliner gruppen zu beginnen. es wird allen interessierten menschen ermöglichen, den stand der solidaritätsarbeiten in west-berlin zu fassen, und zu sehen, wie es gemeinsam weitergeht.



vorbereitungstreffen zum kongreß vom 2. bis 4. märz in hamburg

samstag, den 17.2. um 17 uhr im palästina-büro
thomas weißbeckerhaus, wilhelmstr.9,1/61, u-bahn: hallesches tor
mo-do 18-20 uhr, tel:251 85 39, jeden montag 19 uhr offenes plenum

jeden Tag

Mo. - Fr. 10.00 -18.00 Cafe Geschwulst im Keller des OSIs in der Ihnenstr. 22.

13.00 - 20.00 Besetztes Infocafe in der Lübbenerstr. 29

14.00 - 20.00 Infocafe in der Nostizstr. 49

15.00 - 24.00 Café der 19.000 Wohnungslosen in Remise Danckelmannstr. 54a

Donnerstag, 15. 2.

15.30 Übergabe der Unterschriften für den Erhalt der Danckelmannstr. 54a, Remise in der BVV. Treff: Rathaus Charlottenburg, Haupteingang

17.00 "Sofortige Auflösung des Militärs und des Verfassungschutz" Videofilm "Das Celler Loch" mit anschließender Diskussion. Beginn einer Infokampagne mit dem Ziel:
- sofortige Abschaffung des Militärs in W-berlin
- Auflösung des Berliner Verfassungsschutzes
- Demokratisierung der Justiz durch Bildung von Volksbeauftragten.

Mit dieser Kampagne rufen wir alle BerlinerInnen auf für mehr Volksdemokratie einzutreten und als erste Schritte eine Demokratisierung der Justiz zu fordern. - Für alle die sich vorstellen können sich aktiv an dieser Kampagne zu beteiligen. Im El Locco, Kreuzbergstr. 43.

19.00 "Die letzte Metro" Während der deutschen Besatzung von Paris wird im Theater "Montmatre" ein neues Stück geprobt. Da der Leiter - Deutscher und Jude - sich im Keller versteckt halten muß, versucht "seine?" Frau die Gefahren der politischen Lage und menschlicher Komplikationen zu meistern und das Theater weiterzuführen. Im El Locco.

21.00 "Ingo's Interview oder die Eitelkeit des Fernsehens" Die Vorgeschichte dieses very-low-Budget- Films beginnt mit einer Begegnung in Costa Rica, wo du für das Fernsehen in der BRD einen Dokumentarfilm über die Tagelöhnerfamilie Mendez vorbereitest. Weil Ronald Reagan auch gerade da ist, machst du ganz nebenbei einen Kurzbericht über seinen Besuch in Zentralamerika. Und an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua wird geschossen. Ingo, Journalist in Costa Rica stellt die Fragen, die unangenehmer sind als deine eigenen Fragen. Das Interview erweitert sich zu einem Gespräch. Im El Locco.

23.00 "Die Glorreichen" Theaterkabarett. Zwei Figuren leben in einem Haushalt, der eine ein Kid, ist ein Computerfreak, der andere, der Alte, hat den Übergang von Mechanik zu Elektronik noch nicht vollzogen. Im El Locco.

21.00+23.00 Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus: "Die gekaufte Braut" und "Children of God". Für Männer und Frauen. Im Kino im K.O.B, Potsdamerstr. 159.

jeden Donnerstag

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.

19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.

16.00 - 22.00 Frauentag im besetzten Info-Cafe Lübbenerstr. 29 1 / 36

Freitag, 16. 2.

20.00 Eröffnung des Schwulencafes "Cafe Anal" in der Muskauerstr., 1/36

21.00 "Ein anderes Lied" Der Film zeigt die Wiedergeburt der Volkskunst in Nicaragua Im El Locco.

21.00 Antifa-Konzert mit Häwi Mädels, Himwasserabsenkung, KVD und Flying Disc Men im Drugstore, Potsdamerstr. 180. Eintritt frei!

23.00 "Die Glorreichen" (Siehe Do.) Im El Locco.

jeden Freitag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

19.00 Volxküche in der Lübbenerstr. 29, 1/36 vegetarische Kost, kein Alk

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Samstag, 17. 2.

14.00 Spaziergang am Bauzaun der PKA Gorleben

17.00 "Bonjour Capitaliste" Video, der die Begegnungen, Konfrontationen zwischen Kulturen darstellt. Auf der einen Seite die oft unfreiwillig Bereisten, die um ihre Existenzgrundlage bangen und dringenderes zu tun hätten, als sich zu bemühen, vom Tisch der Reichen einen Happen zu erheischen. Im El Locco.

17.00 Vorbereitungstreffen zum Palästinakongress 2. - 4.3. in HH im palästinensischen Büro im Thom.Weißbeckerhaus, Wilhelmstr.9 1/61

19.00 "Draußen vor der Tür" Hörspiel über eine verdorbene Heimkehr. Beckmann, der Hinkemann des Zweiten Weltkriegs humpelt und fragt sich durch fünf graue Akte, ohne daß ihm Hoffnung zuteil wird. Im El Locco

21.00 "Pornographie - Die Macht der Darstellung" Susanne Kappeler liest aus ihrem gleichnamigen Buch. Im El Locco.

23.00 "Die Glorreichen", siehe 14. 2. Im El Locco

jeden Samstag

Frauentag im Infoladen Lunte, Weisestr. 53. (Gibt's den Frauentag noch? Schreibt mal.)

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.

16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

Sonntag, 18. 2.

16.00 Wir haben die Schnauze voll! Auch in Neukölln wurden in letzter Zeit immer häufiger **Frauen von Typen angemacht, angegriffen, vergewaltigt...** Wir wollen mit euch überlegen, wie wir uns dagegen organisieren können (z.B. Telefonketten). **Frauen aus Neukölln** kommt in die Galerie Olga Benario, Boddinstr. 61

16.00 Kiezcafe zu Palästina im Paul-Schneider-Haus, Schönwalderstr. 23

17.00 "Ein anderes Lied" Der Film zeigt die Wiedergeburt der Volkskunst in Nicaragua Im El Locco.

19.00 "Max Liebermann - Klassiker von heute, Revolutionär von gestern", Video, BRD, 1985, 45 min..Der Film vermittelt Einblicke in die Arbeitsweise und die wichtigsten Werke von Max Liebermann. Im El Locco.

19.00 Treffen der Sylterstr. REP-Gruppe (soll das anti-REP-Gruppe heißen, oder was?!) wegen Organisation des Solifestes, im Infocafe Vamos, Marchstr. 23, 1/12

21.00 "Amor America" Video über die Geschichte der Eroberung des südlichen Argentiniens und die sich daraus ergebende Unterdrückung der Urvölker, die Geschichte vom Überleben eines Volkermordes. Im El Locco

jeden Sonntag

13.00 - 17.00 Frauentag in der M 99, Manteuffelstr. 99

14.00 Neuköllner Kiezküche. Im Syndikat, Weisestr. 56

16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46. **Kinder sind erwünscht.**

ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64

20.00 Film im EX, Gneisenaustr. 2a

jeden Montag

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

18.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36

20.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

Dienstag, 20. 2.

19.00 "Unterwegs" Vor dem Hintergrund der Wiederaufbaustimmung - im Europa der fünfziger Jahre reist der Schweizer Photograph Werner Bischoff 1951/52 in den Fernen Osten. Im El Locco.

20.00 Anti-Schul-Sendung Radio ROZ in Radio 100

20.00 Frauentreffen aus Kreuzberg 61, um den Angriffen von Faschisten und Sexisten was entgegenzusetzen, im Steps, Großbeerenstr. 64, 1/61

21.00 "Euskadi - Martxa eta Borraka" Kämpfen und Leben - Der Widerstand in Euskadi ist Alltag. Seinen Ausdruck findet er in der Öffentlichkeit der Demonstrationen, in militanten Aktionen, in der Solidarität mit den Opfern der Repression, aber auch in dem offensiven Leben der eigenen Kultur, in Festen, Musik, Graffitis. Im EL Locco.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22

20.00 Film &&& im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

20.00-22-00 Ermittlungsauschuß (EA) Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

Mittwoch, 21. 2.

17.00 "Sprengel - eine süße Versuchung" Film über die ungewöhnliche Hausbesetzung in Hannover seit Juni 1987. Im El Locco.

19.00 Infoveranstaltung zur Intifada. Es gibt Dias und Berichte zur aktuellen Situation und eine Überraschung!

19.00 "Mandu Yenu" steht für die ungleiche Begegnung zweier Kulturen, die schließlich zum Zusammenbruch der "unterlegenen" Zivilisation führt. Er gibt ein Bild der hohen Kultur der vorkolonialen Zeit und der Selbstherrlichkeit deutscher Herrenmenschen. Im El Locco.

20.00 "Und ewig stinken die Felder" ein Video über die heutige intensive Tierhaltung, die die Tiere in Knästen verelenden läßt und solche Mengen an Exkrementen produziert, daß Böden durch das Übermaß an Stickstoff regelrecht verseucht werden. Im A-Laden, Rathenower Straße 22

20.00 Veranstaltungs zum Konzerthaus Braunschweig im Falkeladen Falkensteinstr. 46, 1/36

TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

21.00 "Die Liebe zum Imperium" Im letzten Drittel des vergangen Jahrhunderts gingen abenteuerlustige Männer daran in fremden Erdteilen Ländereien für Deutschland zu erwerben. Obwohl sich die Willkürherrschaft der Deutschen kaum von der anderer Kolonialmächte unterschied, entstand 1919 die Legende von den "Guten deutschen Kolonialherren". Anhand von Zeugnissen aus dem afrikanischen Widerstand und Fakten der deutschen Kolonialkritik (muß wohl -politik heißen?) macht der Film Schluß mit dieser Legende. Im El Locco.

21.00+23.00 Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus: **"Zwecks späterer Heirat"** und **"Leben ohne Ausweg: Sawel Chandee"**. Im K.O.B. **Nur für Frauen und Lesben!**

Jeden Mittwoch

15.00 - 20.00 Infoladen Lunte geöffnet

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 53

17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin" Autonomes Seminar in der Rostlaube, Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.

19.00 Treffen der Immernochvolkszählungsboykotteurinnen im Blauen Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.

19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, **Beratung** im Heilehaus, Waldemarstr. 36.

19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Donnerstag 22. 2.

17.00 "129a als juristisches Mittel gegen kurdische Befreiungskämpfer" Flugblattvideo der Medienwerkstatt Linden. Im El Locco.

19.00 "Die Liebe zum Imperium" siehe 21. 2. Im El Locco.

19.00 "Mandu Yenu", siehe 21. 2. Im El Locco.

21.00+23.00 Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus: **"Zwecks späterer Heirat"** und **"Leben ohne Ausweg: Sawel Chandee"**. Für Männer und Frauen.

23.00 "Die Glorreichen", siehe 14. 2. Im El Locco.

Freitag, 23. 2.

Solifete für die Danckelmannstr. 54 im Drugstore, Potsdamerstr. 180

Sa 17.2 - Sa 24.2. Eröffnungswoche mit wechselndem Pogramm

Cafe Anal Muskauerstr, 15 täglich ab 20.00

Samstag 24.2.
Sprengel-Demo in Hannover

3.3 Demo zum Konzerthaus in Braunschweig

A V ArbeiterInnenverrsammlung

Sonntag, den 18.02.90 im Mehringhof, Blauer Salon, 14.00 - 18.00 Uhr

Thema:

DDR-Entwicklung - Schwerpunkt Betriebe

☞ Rundbrief zur Vorbereitung liegt in den Schwarzen Rissen aus!

Buchhandlung O ★ 21 ist ab 13.2.90 wieder in der Oranienstr. 21

Tel. 652226
Mo. - Fr. 10.00 - 18.30
Sa. 10.00 - 14.00 Uhr

Liebe INTER-TWISTER !!!!

Hier nun noch ein ganz wichtiger Termin !

R_{oz} - Radio Ohne Zensur (Jugendradio)

am Dienstag, 20. Februar '90 um 20 Uhr auf Radio 100 (UKW 103,4 MHz)

Wir machen eine Anti-Schul-Sendung !

Schule - zerstört Phantasie, Sexualität und Kindlichkeit

Schule - ist Vorbereitung auf Industriegesellschaft

Schule - macht krank; Schule t ö t e t !!!

600 Kinder bringen sich im Jahr, u.a. wegen der Schule um

(vor allem wenns Zeugnisse gibt) !!!!

Wir informieren über den Widerstand gegen die Zwänge !!

Folgen der Schule(Pflicht) :

Fertiggemachtwerden, Ängste (z.B vor "versagen"), Obrigkeitshörigkeit, Verleumung der eigenen Bedürfnisse, - Ersatzbefriedigung (Süßigkeiten , Drogen etc. ......)

- Warum hören Leute mit der Schule auf ? (evt. Interview)
- Warum ist es so schwer mit der Schule aufzuhören ?

Warum erhalten Leute, die was gegen Schulzwang etc machen so wenig unterstützung ? Welche Interessen (kapitalinteressen, Überwachungsstaat ...) stehen dahinter?

- Welche Rolle spielen die LehrerInnen (vor allem auch die sog. "linken" LehrerInnen, die Sozial-pädagogischen-Psycho-kotz..

????

DAS und anderes wollen wir am 20. Feb. um 20 Uhr ansprechen !

und natürlich gibts auch MusiK - also einschalten ;!?!!

bis Dienstag , euer R_{oz} - Kollektiv

ERKLÄRUNG DER ANTI-IMPERIALISTISCHEN ZELLEN

ERKLÄRUNG DER ANTIIMPERIALISTISCHEN ZELLEN IN DER DDR ZUM ANSCHLAG AUF DIE BÜROS DER CDU UND DES DEMOKRATISCHEN AUFBRUCH

WIR GEHEN NICHT UNTER IN UNSEREN NIEDERLAGEN, SONDERN IN DEN KÄMPFEN DIE WIR NICHT FÜHREN.

am 26.01.90 haben wir mit dem kommando "deutschland auf den misthaufen der geschichte" in den büros der cdu und des da in weimar für schlechte luft gesorgt: dank buttersäure stinkt es jetzt so, daß ihnen bewußt werden muß,- unser einigkeitsbrei ist zum kotzen.

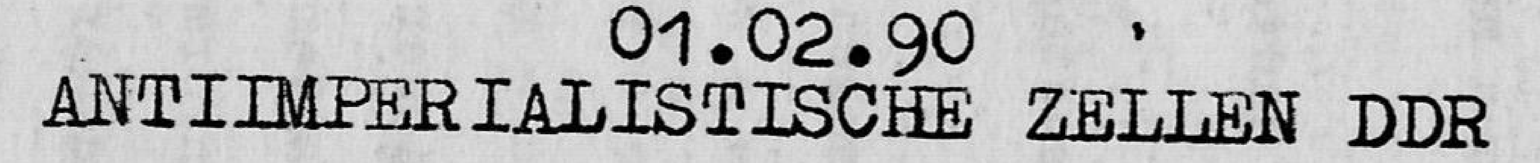
die pläne der bundesregierung ziehlen durch massive einmischung in den derzeitigen wahlkampf der ddr und das durch sie angeregte wahlbündnis "allianz für deutschland", auf den baldigen anschluß der ddr an die brd, somit soll die ddr dem diktat und der logik kapitalistischer ausbeutung unterworfen werden. die im wahlbündnis "allianz für deutschland"vereinigten parteien, cdu, da, csu machen sich zum fürsprecher einer faschistischen kapitalstruktur, welche bekämpft werden muß.

die akteure in der bundesrepublik und ihre ableger hier in der ddr sollen jetzt wissen, daß es für sie niergendwo einen platz geben wird wo sie sich sicher fühlen können. wir haben nicht vergessen,- klassengeschichte ist immer klassenkriegsgeschichte. und wir sagen das hier noch mal ganz klar und deutlich, gegen staub, sturheit und stalin: die ddr ist und war,- samt ihren ganzen abgefuckten korruptis, der erste antifaschistische staat auf deutschem boden. knastförmig und elend, ja,- aber die faust gegen siemens und deutsche bank, gegen springer und hoechst, gegen mbb und itt, gegen cia, ss und sdi. knastförmig, blutig und verkniffen aus der erkannten geschichte, aus der genauen erfahrung des feindes. diese erfahrungen sind fest niedergemeißelt von buchenwald bis stammheim, ist somit erfahrene klassengeschichte, - klassenkriegsgeschichte.

die entwicklung in unserem land und die heuchlerischen angebote der imperialistischen konzerne, banken und parteien der brd sehen wir im kontinuum,- von der kleinsten bis zur größten, von der subtilsten bis zur offenen einmischung, machtausübung und gewalt.

antiimperialistischer kampf, wenn das nicht nur eine hohle phrase sein soll, zielt darauf, das imperialistische herrschaftssystem zu vernichten, zu zerstören, zu zerschlagen - politisch, ökonomisch, militärisch; die kulturellen institutionen, durch die der imperialismus die homogenität der herrschenden eliten herstellt und die kommunikationssysteme, mit denen er sich ideologisch behauptet. wir sehen unseren beginnenden kampf im zusammenhang, im solidarischen miteinander mit allen antiimperialistischen befreiungsbewegungen und dem der metropolenguerilla in den imperialistischen ländern europas.

deutschland auf den misthaufen der geschichte, denn nur so kann zusammenwachsen was zusammengehört.



01.02.90
ANTIIMPERIALISTISCHE ZELLEN DDR